



SFZ



Ergebnisse der Erhebung
„Leben in den neuen Bundesländern 2008“
- ausgewählte Aspekte -

Bericht

Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V.

Berlin - September 2008

Bericht

Ergebnisse der Erhebung „Leben in den neuen Bundesländern 2008“ - ausgewählte Aspekte -

Erarbeitet vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V.
im Auftrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Verantwortlich:

Dr. Reinhard Liebscher

redaktionelle Bearbeitung, Layout,
tabellarische und grafische Gestaltung:

Heidemarie Wille

Inhalt

1.	Vorbemerkungen	4
2.	Kinderarmut	6
3.	Prekäre Arbeitsverhältnisse	16
4.	Auffassungen zu Demokratie und Mitbestimmung	21
5.	Erfahrungen aus der DDR für Sozialreformen nutzen.....	31
6.	Mehr regierungsamtliches Engagement für ostdeutsche Interessen	34
7.	Kinderfreundlichkeit der Kommunen	36
	Exkurs: Ursachen von Kindstötungen	39
8.	Widerspiegelung des Lebens in der DDR in Kino- und Fernsehfilmen	41
9.	Privatisierungen	43

Tabellenanhang

1. Vorbemerkungen

Die Untersuchung erfasste insgesamt 2.892 Bürger ab 18. Lebensjahr in den neuen Bundesländern.

Befragungszeitraum war Mai/Juni 2008. Die Befragung erfolgte postalisch und anonym. Die sozialstrukturelle Analyse der getroffenen Aussagen wurde bei deutlichen Differenzierungen weiter unter-
setzt.

Zeilen und Spalten ergeben - soweit nicht anders vermerkt - jeweils 100. Abweichungen (99, 101) sind durch Rundungen entstanden.

Im Interesse verknappter Darstellungen wurde stellenweise darauf verzichtet, jeweils von Bürgerinnen und Bürgern zu sprechen, obwohl den Autorinnen und Autoren die Unterschiede bekannt sind.

Wesentliche Facetten der sozio-demografischen Struktur der Befragten sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen.

Tabelle 1: Sozio-demografische Struktur der Befragten - neue Bundesländer - 2008
 - Anteile in Prozent -

	Gesamt	davon	
		männlich	weiblich
Altersgruppen			
unter 25 Jahre	13	14	11
25 bis unter 40 Jahre	21	22	19
40 bis unter 50 Jahre	19	19	19
50 bis unter 60 Jahre	17	18	15
60 Jahre und älter	31	27	35
Gemeindegröße			
unter 1.000 Einwohner	7	7	7
1.000 - 5.000 Einwohner	19	18	21
5.000 - 20.000 Einwohner	30	30	31
20.000 - 100.000 Einwohner	23	21	24
100.000 Einwohner und mehr	21	24	18
Erwerbsstatus			
erwerbstätig	46	51	41
arbeitslos/apM	11	10	12
Rentner/Vorrentner	30	26	33
Schüler/Student/AZUBI	9	10	9
Sonstige	4	2	5
Familienform			
Paare mit Kind/ern	21	21	22
Paare ohne Kind/er	37	38	37
alleinerziehend	11	9	13
alleinlebend	31	33	28

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Die folgenden vorgestellten Auswertungen beziehen sich immer auf die subjektive Sicht der Befragten, die auch das sich Arrangieren mit den gegebenen Bedingungen ihres Lebens einschließt. Es werden im Text insbesondere Differenzierungen im Vergleich zur Gesamtheit der Befragten vorgestellt. Dort, wo die Einheitlichkeit der Antworten bemerkenswert erscheint, wird darauf verwiesen.

Es wurde eine Gruppe von Befragten gefunden, die verstärkt eine private Vorsorge bei der sozialen Sicherung bevorzugen. Sie weisen bei einer Vielzahl von Fragestellungen eine unterschiedliche Sicht gegenüber dem Durchschnitt der Befragten auf. Diejenigen, die hinsichtlich der Verantwortung für soziale Sicherheit eher die private Vorsorge in den Vordergrund stellen (im Folgenden „**privat Orientierte**“ - 20 % der Befragten) genannt, sind **überdurchschnittlich** privat versicherte Erwerbstätige, als Beamte oder selbstständig arbeitende Männer mit einem leicht überdurchschnittlichen politischen Interesse.

Tabelle 2: Ausgewählte Strukturen der privat Orientierten im Vergleich zum Durchschnitt der Befragten - 2008 - neue Bundesländer - Anteile in Prozent -

	Gesamt	privat Orientierte
Geschlecht		
Frauen	51	45
Männer	49	55
Alter		
unter 25 Jahre	13	15
25 - 39 Jahre	21	22
40 - 49 Jahre	19	21
50 - 59 Jahre	17	15
60 Jahre und älter	31	27
individuelles Nettoeinkommen		
unter 1.000 Euro	44	34
1.000 - 1.999 Euro	38	37
2.000 - 2.999 Euro	4	6
3.000 Euro und mehr	2	5
Erwerbsstatus		
erwerbstätig	46	51
arbeitslos/arbeitsmarktpolitische Maßnahmen	11	7
Rentner/Vorrentner	30	25
Schüler/Student/AZUBI	9	11
Berufliche Stellung		
Arbeiter	31	29
Angestellter	50	44
Beamter	4	7
Selbstständige/Freischaffende/etc.	8	11
Krankenversicherung		
gesetzlich	94	86
privat	6	14
Politikinteresse		
stark/sehr stark	37	41
mittel	35	32
wenig/nicht	28	27

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

2. Kinderarmut

Hauptergebnisse

Ursachen für Kinderarmut

Erscheinungen der Kinderarmut gelten in jeder Gesellschaft und erst recht in einer entwickelten wie der bundesdeutschen als ein Skandal. Dabei ist bei Kindern die Betroffenheit von Armut ein aus der Erwerbs-, Einkommens- und Vermögenssituation der sorgenden Erwachsenen abgeleitetes Phänomen. Die Armutsbetroffenheit ergibt sich objektiv aus der sozialen Stellung und den Teilhabebedingungen der Eltern oder ihrer Vertreter. Dennoch können weitere Faktoren die Auswirkungen von Kinderarmut beeinflussen. Dazu zählen sozialstaatliche Leistungen ebenso wie die Haushalts- und Lebensführung der Betroffenen. Aus diesem Grund sind in die Befragung drei Gruppen möglicher Faktoren der Verursachung und Zurechnung von Kinderarmut aufgenommen worden: die Einkommens- und Erwerbssituation, sozialstaatliche Transferleistungen und die Haushaltsführung der Eltern.

Im Ergebnis bewerten die Befragten die Ursachen für Kinderarmut folgendermaßen:

- Den erwerbs- und einkommensrelevanten Gründen wird am deutlichsten zugestimmt. Verantwortlich für Kinderarmut sind demnach alle Faktoren, die den Zugang zum Arbeitsmarkt einschränken und die zu Niedrigeinkommen führen (90 % und mehr).
- Langfristige Ursachen wie die „Vererbung“ von Armut und die demographische Veränderung der Familien- und Haushaltsstruktur vor allem im Hinblick auf die Zunahme von Alleinerziehenden werden am zweithäufigsten genannt (68 % - 77 %).
- Zu geringe sozialstaatliche Transferleistungen für Familien mit Kindern (am Beispiel des Kindergeldes) bilden im Meinungsbild der Befragten die dritte Gruppe von Ursachen (39 %).
- Eine geringe Wahrnehmung der Verantwortung der Eltern oder ihrer Vertreter in der Erwerbsorientierung und der Haushaltsführung macht die vierte Gruppe von Ursachen aus (zwischen 50 % und 59 %).

Staatliche Unterstützung für Kinder und Familien durch sachgebundene Leistungen

Der Staat kann seine Verantwortung für die Lebenssituation von Familien mit Kindern besser wahrnehmen. Bisher erfolgte gesetzliche Regelungen zur Kinderbetreuung (Elterngeld) reichen nicht aus, Kinderarmut nachhaltig einzudämmen. Insbesondere die sachgebundene Unterstützung von Familien ist in der gesellschaftlichen Diskussion, weil sie die Haushalte unmittelbar im Hinblick auf Versorgungsleistungen für die Kinder entlasten könnte. Im Meinungsbild der Befragten drückt sich das wie folgt aus:

- Nahezu alle Befragten befürworten sachbezogene Leistungen des Staates für Kinder, die im unmittelbaren Verantwortungsbereich des staatlichen Handelns liegen (Ganztagsbetreuung, Lernmittel, Schulverpflegung, öffentlicher Nahverkehr).
- Mehr als zwei Drittel befürworten Gutscheine für Kinderkleidung und Nahrungsmittel.
- Bei dieser Befürwortung kommt der Bedürftigkeit der Familien eine besondere Rolle zu: ein unterschiedlich großer Anteil der Befragten (je nach erfragter Leistung zwischen 46 % und 70 %) möchte die Leistung an eine Bedürftigkeitsprüfung binden. Ob das Motiv für die Berücksichtigung von Bedürftigkeit in einer vermeintlichen Überforderung der öffentlichen Haushalte bei allgemeiner Freistellung ist oder ob dabei Gerechtigkeitsgrundsätze eine Rolle spielen, kann nur in einer detaillierten Analyse ermittelt werden.

Ergebnisse im Einzelnen in der Rangfolge der Antworthäufigkeit

Es ist zu beachten, dass die genannte Reihenfolge auf die Häufigkeit von Antworten bezogen ist. Eine häufige Nennung einer der Ursachen deutet auf eine mehr oder minder große Übereinstimmung in der Bevölkerung oder sozialen Gruppe hin, bedeutet aber keine Wertung der Stärke der Verursachung durch den jeweiligen Faktor. Es kann sein, dass ein Faktor, der weniger häufig genannt ist, von denjenigen, die ihn genannt haben, dennoch als gewichtigster Faktor bewertet wird. Die Intensität der Verursachung aber wurde nicht erfragt.

Niedrigeinkommen

Am häufigsten wird die Ursache für Kinderarmut im zu geringen Erwerbseinkommen der Eltern gesehen. Das bedeutet nicht, dass die Höhe der Transferleistungen als ausreichend beurteilt wird, aber die Tatsache des sich ausdehnenden Niedriglohnsektors ist ein Faktor, der von nahezu allen Befragten (95 %) als Ursache eingeschätzt wird. In dieser Frage liegt mithin eine große gesellschaftliche Übereinstimmung über alle sozialen Gruppen hinweg vor.

Anhaltende Erwerbslosigkeit

Auch dieser Faktor wird von nahezu allen Befragten als Ursache angegeben (94 %). Inhaltlich lag der Tenor der Fragestellung bei Schwierigkeiten der Eltern, aus der Arbeitslosigkeit herauszukommen. In den Augen der Befragten kommen für Eltern beide Bedingungen zusammen: die schlechte Gesamtsituation des Arbeitsmarktes (trotz des Abbaus, der jedoch häufig in prekäre Beschäftigung erfolgt) und die immer noch schwierige Situation, Kinder und Arbeitstätigkeit miteinander zu verbinden.

Besondere Arbeitsmarktsituation von Alleinerziehenden

In annähernd gleicher Ausprägung stimmen die Befragten der möglichen Verursachung von Kinderarmut durch die Schwierigkeiten für Alleinerziehende am ersten Arbeitsmarkt zu (89 %). Dass diese Nennung etwas geringer ausfällt als die Bewertung der allgemeinen Arbeitsmarktsituation für erwerbslose Eltern bedeutet nicht, dass diese generell als schlechter eingeschätzt wird.

Vererbung von Armut

Die generative Übertragung der Betroffenheit von Armut wird von 77 % der Befragten als Ursache von Kinderarmut genannt. In dieser Einschätzung scheinen sich einerseits manifeste Erfahrungen widerzuspiegeln wie auch Einschätzungen eines gewissen Teils der Befragten über die Erwerbsorientierung und die Haushaltsführung von Eltern, die von Armut betroffen sind. In diesem Fall liegt eine Verdopplung von Risikofaktoren vor, die einerseits gesellschaftliche Bedingungen, andererseits aber (vermeintliche) subjektive Orientierungen und Handlungsweisen bündelt. Diese Einschätzung ist auch in anderen sozialen Hinsichten des öfteren anzutreffen: die Menschen machen für Problemlagen oft in einem Zusammenhang gesellschaftliche Bedingungen wie auch entsprechende Reaktionen von Betroffenen auf diese Bedingungen verantwortlich. Vielleicht ist es in diesem Sinn bezeichnend, dass 86 % der Beamten (gegenüber 77 % der Gesamtheit der Befragten) Armutsvererbung als Grund für Kinderarmut nennen. Diese Abweichung der Beamten vom Durchschnitt bildet auch die einzige deutliche Differenzierung in dieser Frage.

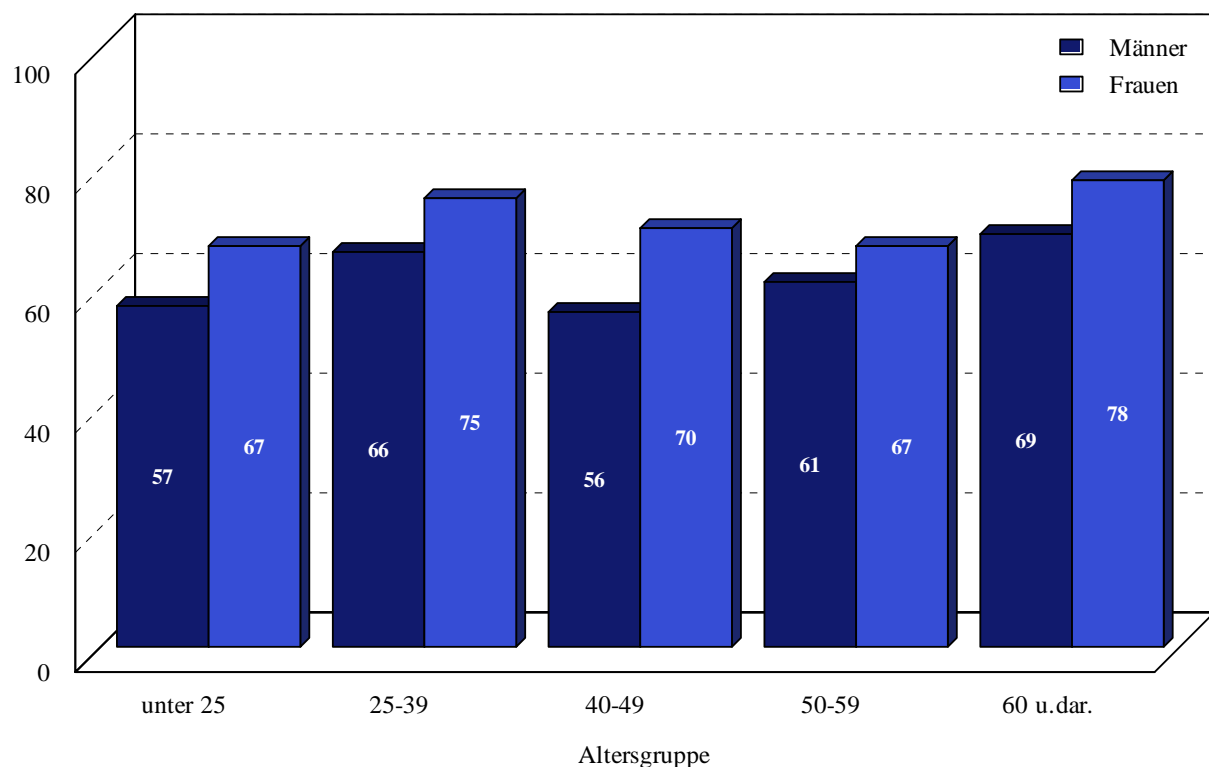
Demographische Veränderung der Haushalts- und Familienstruktur

Am Beispiel der Zunahme von Alleinerziehenden kommt zum Ausdruck, dass 68 % der Befragten strukturelle Veränderungen der Lebensführung als langfristigen Faktor für die Kinderarmut ansehen. Dass die bloße Häufung von Alleinerziehenden-Haushalten für sich ein Faktor der Kinderarmut aus-

macht, kann als realistisch nur dann angenommen werden, wenn sich infolge dieser Zunahme die Bedingungen aller dieser Gruppe Angehörigen verschlechtern. Das kann in den Lebensbereichen der Fall sein, in denen Knappheit von Chancen eine Folge der Zunahme ist. Als weiteres Motiv dieser Antwort kommt infrage, dass die Befragten mehrheitlich davon ausgehen, dass neben der erschwerten Arbeitsmarktsituation weitere Faktoren (unterhaltsrechtliche, sozialstaatliche) für die besondere Haushaltssituation aller Erziehenden eine Rolle spielen.

Der demographische Aspekt einer Kinderarmut begründenden Zunahme der Zahl der Alleinerziehenden wird von Paaren mit Kindern deutlich unterdurchschnittlich bewertet (61 %). Frauen, insbesondere ältere Frauen, stimmen dem deutlich häufiger zu.

Abbildung 1: Zunahme der Kinderarmut auf Grund der Zunahme der Anzahl der Alleinerziehenden nach Altersgruppen und Geschlecht - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent - (nur Antwort: „trifft voll zu“)



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Erwerbsorientierung von arbeitslosen Eltern

Immerhin 60 % der Befragten nennen die (vermeintliche) nachlassende Erwerbsneigung von arbeitslosen Eltern als Grund für Kinderarmut und meinen, die Eltern würden sich mit ihrer Situation als Hartz IV-Empfänger/-innen zufrieden geben. Das entspricht einem auch in den Medien nicht selten kolportierten Vorurteil.

Allerdings sind die Antworten in einzelnen Gruppen auch differenziert. So stimmen Bewohner kleiner Gemeinden (unter 1.000 Einwohner) zu drei Vierteln dieser Begründung zu. Das kann an dem größeren Bekanntheitsgrad liegen, kann aber auch darauf beruhen, dass in kleinen Gemeinden eher sichtbar wird, wie schwer es ist, in den ersten Arbeitsmarkt einzutreten. Dass 69 von 100 der jungen Menschen bis 25 Jahre diese Meinung vertreten, kann sowohl mit der medialen Wirksamkeit von Einzelfalldarstellungen begründet werden als auch mit der jugendgemäßen Grundhaltung zu den Möglichkeiten, mit eigener Leistung das zukünftige Leben selbst gestalten zu können oder mit den verhältnismäßig wenigen Erfahrungen im Erwerbsleben. Ähnliches gilt für die genauso hohen Zustimmungsraten bei

den Selbstständigen. Beamte hingegen, die ebenfalls zu mehr als zwei Dritteln (68 %) diese Meinung vertreten, transportieren und überhöhen hier möglicherweise eigene berufliche Erfahrungen.

Haushaltsführung

Über die Hälfte der Befragten (52 %) sind der Auffassung, dass die Haushaltsführung von einigen Eltern – unabhängig von deren Erwerbsstatus und vom Einkommen – ein Grund der Kinderarmut ist. Man ist der Auffassung, dass diese Eltern nicht „richtig“ mit Geld umgehen können. Das bedeutet, dass mindestens auch den Eltern die Verantwortung für ihre Armut zugewiesen wird. Das ist – sachlich gesehen – nicht korrekt, weil der Begriff der Armut nicht von der Verwendung des Einkommens, sondern nur von seiner relativen Höhe abhängig ist. Diese Meinung widerspiegelt aber den Eindruck, dass bei entsprechender Haushaltsführung bestimmte Folgeerscheinungen von Armut für die Kinder abgewendet werden könnten.

Vernachlässigung der Kinder (finanziell)

Diese Einschätzung wird noch deutlicher in der Zuschreibung der Verursachung von Kinderarmut an die Eltern, denen unterstellt wird, das Geld, das für Kinder notwendig und auch (als Transferleistung) für Kinder vorgesehen ist, nicht sachgerecht zu verwenden. Immerhin 50 % der Befragten meinen, dass Kinderarmut auch eine Folge derartiger Vernachlässigung der Kinder durch die Eltern ist.

Insgesamt fällt die Verantwortungszuschreibung an die Eltern, die in den letzten drei Indikatoren zum Ausdruck kam, mäßig differenziert aus:

Tabelle 3: Ursachen von Kinderarmut, die im individuellen Fehlverhalten der Eltern gesehen werden (Auswahl) - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent
(nur Antwort: „trifft voll zu“)

Weil ...	arbeitslose Eltern sich mit Hartz IV zufrieden geben.	viele Eltern nicht wissen, wie sie richtig haushalten sollen.	Eltern das Kindergeld nicht für ihre Kinder ausgeben, sondern für sich.
Gesamt	59	52	50
ohne Abschluss	63	58	55
Facharbeiter/Meister	59	51	50
Fach-/Hochschule	56	47	47
arbeitslos/apM	41	43	38
privat Orientierte	69	59	61

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

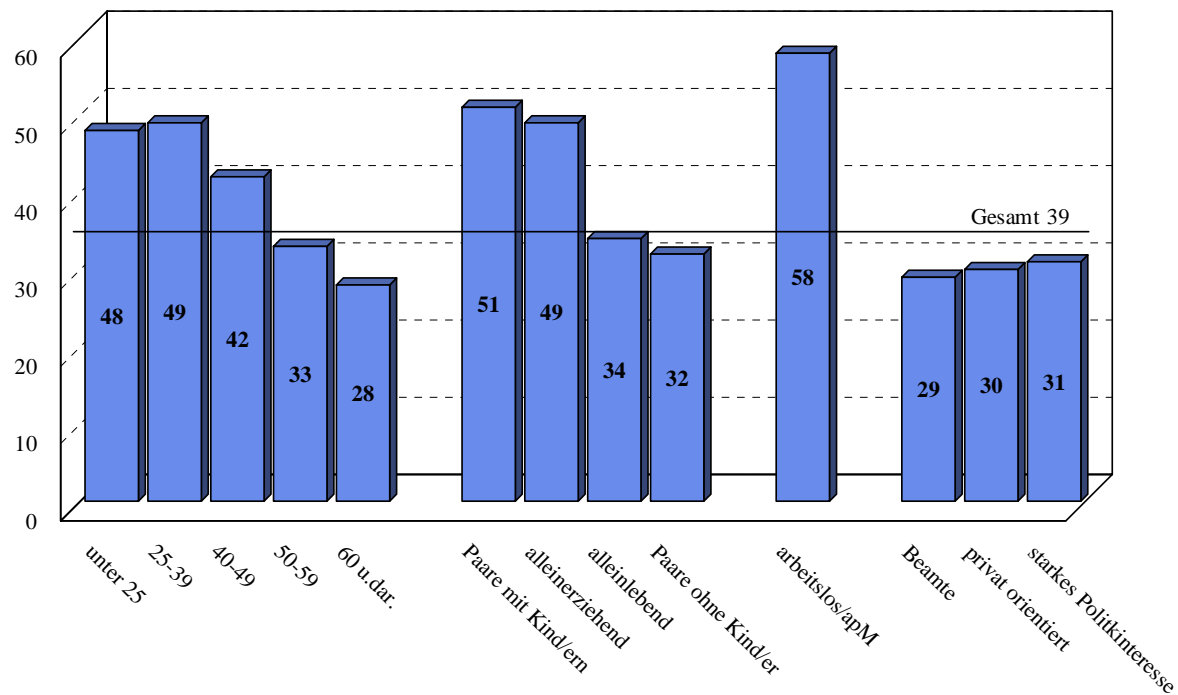
Mit zunehmender Qualifikation werden Ursachen für Kinderarmut seltener im individuellen Fehlverhalten der Eltern gesehen. Seltener als der Durchschnitt benennen diese Indikatoren diejenigen, die zum Zeitpunkt der Befragung arbeitslos oder in Programmen der JobCenter bzw. Bundesagentur für Arbeit „geparkt“ sind. Privat Orientierte hingegen sehen häufiger individuelles Fehlverhalten der Eltern als Ursache für Kinderarmut.

Staatliche Transferleistungen

Deutlich seltener wird die Höhe der staatlichen Transferleistungen – hier am Beispiel des Kindergeldes – als Ursache für Kinderarmut genannt. Aber immerhin noch 39 % der Befragten sind dieser Meinung. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass die Bundesregierung eine Erhöhung des Kindergeldes nach dem Zeitpunkt der Befragung angekündigt hat.

Deutlich unterscheiden sich die Antworten, ob Kinderarmut durch nicht ausreichendes Kindergeld bedingt ist. Mit zunehmendem Alter wird dem weniger Bedeutung zugemessen, Familien mit Kindern sehen es wichtiger an als kinderlose Paare und Alleinlebende, Arbeitslose deutlich höher als Beamte, politisch Interessierte oder privat Orientierte.

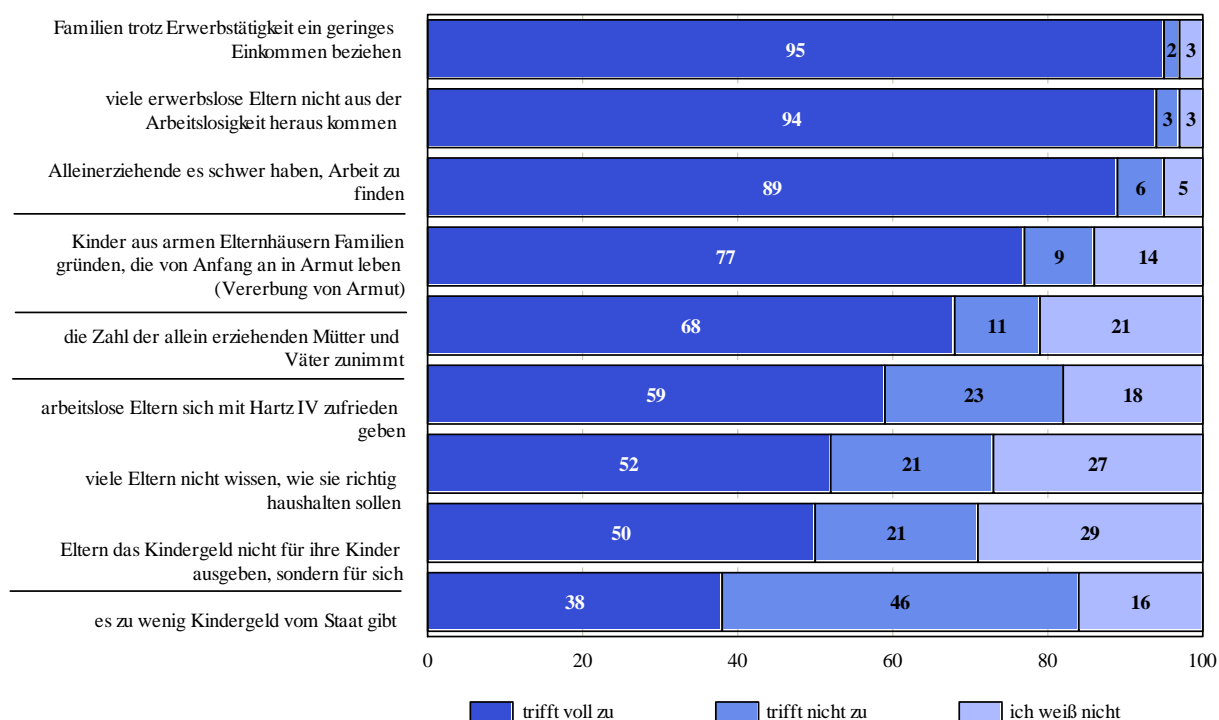
Abbildung 2: Zunahme der Kinderarmut auf Grund des zu geringen staatlichen Kindergeldes
- in Prozent - neue Bundesländer - 2008 - (nur Antwort: „trifft voll zu“)



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Eine Zusammenfassung der Ergebnisse enthält die folgende Abbildung.

Abbildung 3: Was meinen Sie, warum in unserer Gesellschaft viele Kinder in Armut leben müssen?
- neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Staatliche Unterstützung durch sachgebundene Leistungen

Kinderbetreuung (Kita, Hort), Schulspeisung, Lehr- und Lernmittel

Die gebührenfreie Bereitstellung der Kinderbetreuung in Kinderstagesstätten und Horten, der Schulspeisung und von Lehr- und Lernmitteln wird nahezu einhellig befürwortet. Nur jeweils unter 5 % der Befragten lehnen diese ab. Die Berücksichtigung von Bedürftigkeit der Bezieher unterstützt dabei knapp die Hälfte der Befragten (im Fall der Lehr- und Lernmittel sind es 53 %).

Die Zustimmung zur bedingungslosen gebührenfreien Kinderbetreuung in Kitas und Horten nimmt mit dem Alter ebenso ab wie bei dem gebührenfreien Schulesen.

Mit wachsendem Haushaltsnettoeinkommen steigt hinsichtlich der Gebührenfreiheit die Zustimmung - hier könnte sich die Befürchtung niederschlagen, dass eine Prüfung der Bedürftigkeit mit zunehmendem Einkommen dann eher negativ ausfallen würde.

Familien mit Kindern stehen einer möglichen Gebührenfreiheit naturgemäß aufgeschlossener gegenüber.

Auch Beamte präferieren überdurchschnittlich die Vorschläge von gebührenfreien Maßnahmen bei der Kinderbetreuung und Schulbildung ohne Bedarfsprüfung.

Tabelle 4: Frage: „Sollten Familien mit Kindern mehr Sachleistungen vom Staat erhalten, wie z.B. ...?“ - gebührenfreie Maßnahmen der Kinderbetreuung und Schulbildung ohne Bedürftigkeitsprüfung - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -

	gebührenfreie Kinderbetreuung	gebührenfreies Schulessen	gebührenfreie Lehr- und Lernmittel
Altersgruppen			
unter 25 Jahre	68	60	55
25 - 39 Jahre	62	58	56
40 - 49 Jahre	50	52	50
50 - 59 Jahre	47	46	46
60 Jahre und älter	36	39	32
Haushaltsnettoeinkommen			
bis 999 Euro	48	52	42
1.000 - 1.499 Euro	44	44	41
1.500 - 1.999 Euro	47	50	39
2.000 - 2.499 Euro	52	51	54
2.500 Euro und mehr	58	53	53
Lebensformen			
Paare mit Kindern	61	60	62
Alleinerziehende	61	50	51
Paare ohne Kinder	44	44	37
Alleinlebende	46	48	43
sozialer Status			
Arbeiter	46	46	42
Angestellte	47	49	44
Beamte	72	59	56
Selbstständige etc.	49	52	55

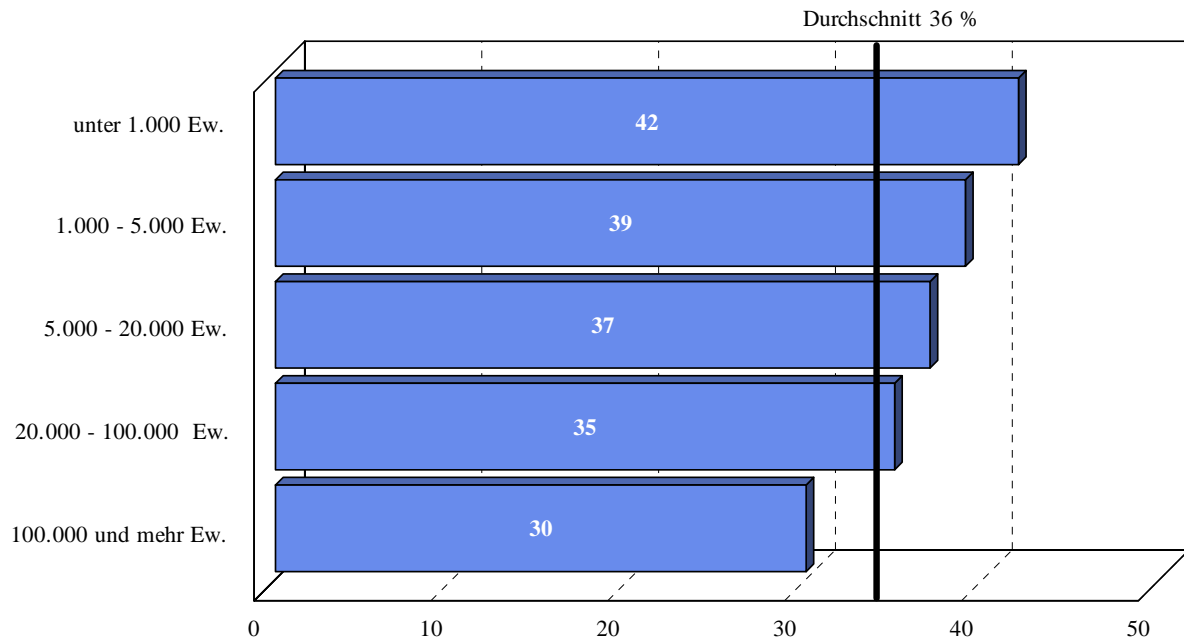
Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Öffentlicher Nahverkehr

Die gebührenfreie Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs für Kinder wird von insgesamt 88 % der Befragten unterstützt, allerdings sind nur 36 % der Meinung, dass das ohne Bedürftigkeitsprüfung erfolgen sollte. 52 % befürworten eine solche Differenzierung.

Hinsichtlich der gebührenfreien Nutzung des ÖPNV für Familien treten andere Differenzierungen zu Tage. Wie zu erwarten, wird dieser Vorschlag um so eher bedingungslos bejaht je kleiner der Wohnort ist.

Abbildung 4: Frage: „Sollten Familien mit Kindern mehr Sachleistungen vom Staat erhalten, wie z.B. die gebührenfreie Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs?“ - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Erwerbstätige liegen mit 43 % Befürwortung deutlich über dem Durchschnitt.

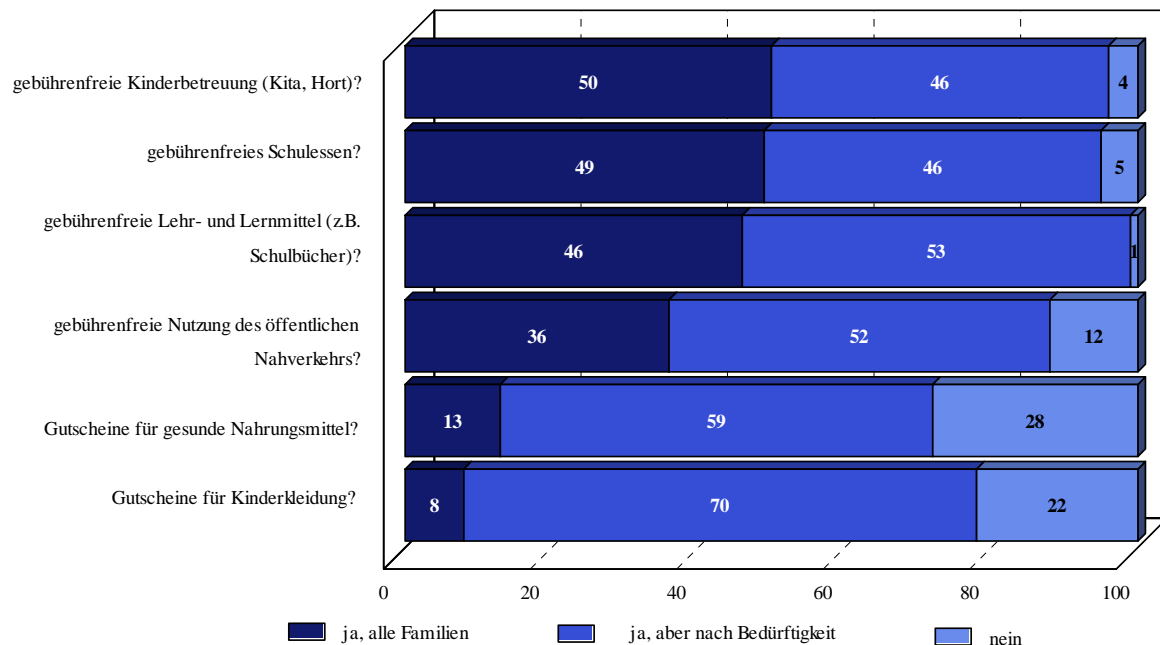
Auch hier sind die Beamten wie bei den anderen gebührenfreien und bedarfsunabhängigen Vorschlägen mit ebenfalls 43 % überdurchschnittlich präsent.

Gutscheine für gesunde Nahrungsmittel und für Kinderkleidung

Gutscheine für gesunde Nahrungsmittel als auch für Kinderbekleidung werden deutlich weniger bedingungslos bejaht, hier gewinnt in der Meinung der Befragten deutlich die Prüfung der Bedürftigkeit an Gewicht.

Sozio-demografische Differenzierungen sind nicht erkennbar. Selbst Familien mit Kindern antworten im Bereich des Durchschnitts. Lediglich die Beamten bevorzugen überdurchschnittlich die Bedürftigkeitsprüfung, bei Gutscheinen für gesunde Nahrungsmittel 67 % gegenüber 59 % aller Befragten und bei Gutscheinen für Kinderbekleidung 75 % zu 70 %.

Abbildung 5: Frage „Sollten Familien mit Kindern mehr Sachleistungen vom Staat erhalten, wie z.B. ...?“ - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Absenkung der Mehrwertsteuer für Kinderbekleidung

Die **generelle Absenkung des Mehrwertsteuersatzes** von 19 % auf 7 % **bei Kinderbekleidung** bejaht die Hälfte der Befragten (53 %). Ein knappes Sechstel (16 %) befürwortet eine derartige Steuersenkung nur für arme Familien, und ein Drittel (32 %) meint, dass durch Steuersenkungen Armut nicht bekämpft werden kann.

Deutlich überdurchschnittlich werden derartige Steuersenkungen mit jeweils 60 % von den bis 25-Jährigen und den Familien mit Kindern befürwortet. Die einzige Gruppe, die hier unter dem Durchschnitt liegt, sind die privat Orientierten mit 47 %. Sie sind auch die einzigen, die nennenswert überdurchschnittlich die Bekämpfung von Armut mit Steuersenkungen ablehnen (38 %).

Eine Einschränkung auf eine Bedarfsprüfung - Steuersenkungen bei Kinderbekleidung nur für arme Familien - befürworten vor allem Ältere/Rentner (22 %) und Arbeitslose (21 %) überdurchschnittlich.

Steuersenkungen als Mittel der Armutsbekämpfung werden neben den privat Orientierten auch von den Besserverdienenden abgelehnt (39 % derjenigen mit einem Haushaltsnettoeinkommen von mehr als 2.500 Euro).

Im Hinblick auf eine unterdurchschnittliche Befürwortung des Satzes: „Mit Steuersenkungen kann Armut nicht bekämpft werden.“ stimmen mit 27 % sowohl wieder Rentner/Ältere und Arbeitslose, aber auch Beamte überein, wenn auch vermutlich mit unterschiedlichem Hintergrund.

Als ein weiteres Fazit kann ausgedrückt werden, dass die Bedürftigkeitsprüfung für die Gewährung sachbezogener Unterstützungen für Familien vor allem im Hinblick auf die Unterstützungen befürwortet wird, die im familialen Nahraum erbracht werden. Unterstützungen in öffentlichen Räumen, die eher in staatlicher Zuständigkeit erbracht werden, werden mehrheitlich generell befürwortet.

Über die Motive für derartige Mehrheitsbefunde kann ohne detailliertere Untersuchungen keine genaue Auskunft gegeben werden. Es könnte sich dabei um die Zuschreibung einer staatlichen Gesamtverantwortung für die Bereiche Bildung, Kinderbetreuung und Infrastruktur handeln, die mit der Bereitstellung gleicher Bedingungen für alle verbunden wird. Es könnten aber auch spezifische Gerechtigkeitsgrundsätze diese Mehrheitsmeinungen begründen, wie auch Diskriminierungserfahrungen bei der Inanspruchnahme staatlicher Unterstützung in öffentlichen Bereichen.

3. Prekäre Arbeitsverhältnisse

Hauptergebnisse

39 % der befragten Ostdeutschen geben an, im Laufe ihres Erwerbslebens schon einmal von atypischen Beschäftigungsverhältnissen persönlich betroffen gewesen zu sein, Frauen häufiger als Männer, Jüngere mehr als Ältere, geringer Qualifizierte eher als Hoch- und Fachschulabsolventen. Am häufigsten waren Alleinerziehende gezwungen, derartige Arbeitsverhältnisse anzunehmen.

In der Beurteilung der eigenen gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage unterscheiden sich Personen, die von prekärer Beschäftigung betroffen waren, deutlich von denen, die es nicht waren. Allerdings sind die Unterschiede in der Bewertung der Entwicklung der eigenen wirtschaftlichen Lage in beiden Gruppen weniger deutlich unterschieden. Das deutet darauf hin, dass die wirtschaftliche Situation der Ostdeutschen von gleichen Tendenzen, aber auch von ähnlichen Unsicherheiten geprägt ist, relativ unabhängig davon, ob die eigene Erwerbsbiographie bereits von prekären Merkmalen gekennzeichnet war. Dieses Ergebnis kann als Indikator für eine weitreichende Erwerbs- und Einkommensunsicherheit gewertet werden, die auch diejenigen erfasst, die mehrheitlich bisher zu den „Gewinnern“ am Arbeitsmarkt zählten.

Die Projektion subjektiv erwarteter Armutsrisiken für ausgewählte soziale Gruppen zeigt, dass Arbeitslosigkeit, Niedrigeinkommen und im Haushalt lebende Kinder auch von den Befragten als besondere Risikofaktoren eingeschätzt werden. Dabei fällt auf, dass in der Einschätzung der Befragten das Armutsrisiko im Niedriglohnsektor ebenso gravierend ausfällt wie in der Situation der Arbeitslosigkeit.

Einzelne Ergebnisse

Der **Niedergang der ostdeutschen Wirtschaft** und die in den 90er Jahren begonnenen Veränderungen in der staatlichen Arbeitsmarktpolitik, die eine deutliche Ausdifferenzierung der Teilhabeformen am Arbeitsmarkt beinhalteten, führten zu einem stetigen Rückgang der Normalarbeitsverhältnisse. Unterbrochene Erwerbsverläufe, verschlechterte Arbeitsbedingungen, Lohneinbußen, Ausweitung des Niedriglohnsektors und Langzeitarbeitslosigkeit auf der einen sowie steter Wechsel zwischen Arbeitslosigkeit und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auf der anderen Seite charakterisieren das Erwerbsleben vieler Menschen. Mit den Hartz-Gesetzen erfuhr die Polarisierung am Arbeitsmarkt eine weitere Steigerung mit der Folge einer massenhaften Verbreitung von prekären Arbeitsverhältnissen. So stieg zwischen 1995 und 2005 der Anteil der atypischen Beschäftigung an der gesamten Beschäftigung um 10 % auf 35 %¹.

Prekäre Arbeitsverhältnisse werden in der Literatur verschieden definiert. Meist werden sie charakterisiert durch einen vergleichsweise geringen Grad an Arbeitsplatzsicherheit, eingeschränkten Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen sowie geringes Einkommen. Auch subjektive und psychologische Aspekte werden in die Bestimmung von prekären Arbeitsverhältnissen einbezogen.²

¹ Vgl. Atypische Beschäftigung - Weniger Geld, weniger Perspektiven, in Böckler Impuls 17/2007, siehe auch W. Brehmer, H. Seifert: Wie prekär sind atypische Beschäftigungsverhältnisse? WSI - Diskussionspapier 156, 2007.

² Vgl. u.a. U. Brinkmann, K. Dörre, S. Röbenack: Prekäre Arbeit. Ursachen, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Bonn 2006.

Das Abrutschen in prekäre Arbeitsverhältnisse kann ein einmaliger, zeitlich begrenzter Abschnitt in der Erwerbsbiographie des Einzelnen sein oder über einen längeren Zeitpunkt die Lebensführung prägen.

Aus der Beantwortung der Frage nach der Erwerbsbeteiligung in Form von:

- ABM, SAM,
- MAE (1-Euro-Job),
- geringfügig beschäftigt (bis 400 Euro monatlich),
- gleichzeitig in mehreren Minijobs,
- erwerbstätig mit einer Arbeitszeit von weniger als 20 Wochenstunden,
- erwerbstätig mit einem Einkommen unter 4 Euro pro Stunde,
- erwerbstätig mit einem Einkommen, zu dem zusätzlich Aufstockungen durch Geldleistungen des JobCenters erfolgten,

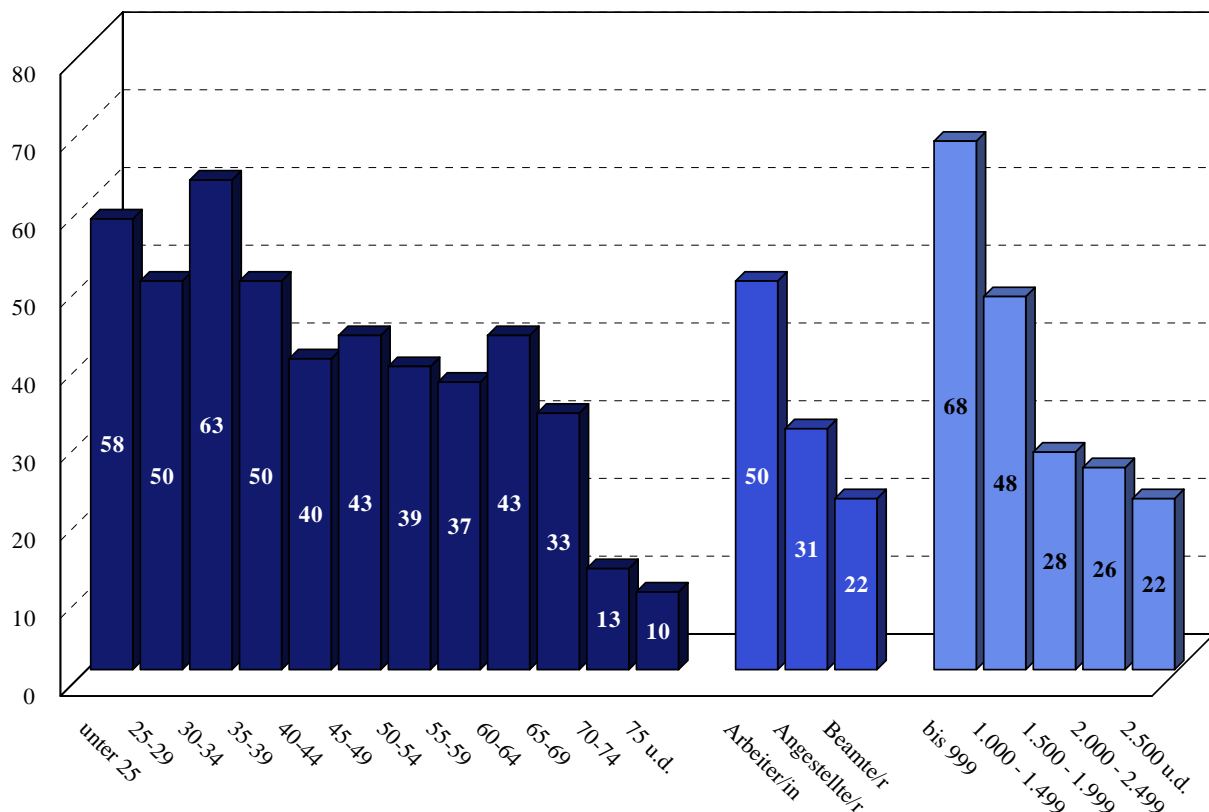
wurde die Betroffenheit von prekären Arbeitsverhältnissen ermittelt.

39 % der befragten Ostdeutschen geben an, im Laufe ihres Erwerbslebens schon einmal von atypischen Beschäftigungsverhältnissen persönlich betroffen gewesen zu sein (um Ferien-, Schüler- und Studentenjobs nicht mit einzubeziehen, wurden die Antworten der Schüler, Studenten und AZUBIS hier nicht berücksichtigt). Die heutigen Rentner wurden jedoch mitberücksichtigt, da nur 1 % der Männer im Jahr 1990 älter als 65 Jahre und 4 % der Frauen älter als 60 Jahre waren und die (Arbeitsmarkt-)Wende dementsprechend als Rentnerin bzw. Rentner erlebt haben.

Frauen waren mit 44 % häufiger betroffen als Männer (35 %), Jüngere mehr als Ältere, geringer Qualifizierte eher als Hoch- und Fachschulabsolventen. Mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen nimmt die Betroffenheit ab.

Fast zwei Drittel der Alleinerziehenden geben eine derartige Betroffenheit an.

Abbildung 6: Erlebte prekäre Arbeitsverhältnisse - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Unterbrochene Erwerbsbiographien und prekäre Beschäftigung kennzeichnen auch zu einem großen Teil die jetzt Selbstständigen. Mehr als ein Drittel (37 %) der Selbstständigen und Freiberufler weisen eine Betroffenheit auf. Darin spiegelt sich die eher ostdeutsche Besonderheit wider, dass nicht Wenige nach dem Ausscheiden aus Normalarbeitsverhältnissen und einer zeitweiligen Arbeitslosigkeit in Kopplung mit verschiedenen Formen arbeitsmarktpolitischer Instrumente (ABM, SAM, MAE etc.) den Weg in die eigene Selbstständigkeit gefunden haben.

Tabelle 5: Formen prekärer Beteiligung am Erwerbsleben über den Gesamtzeitraum des Erwerbsalters - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -

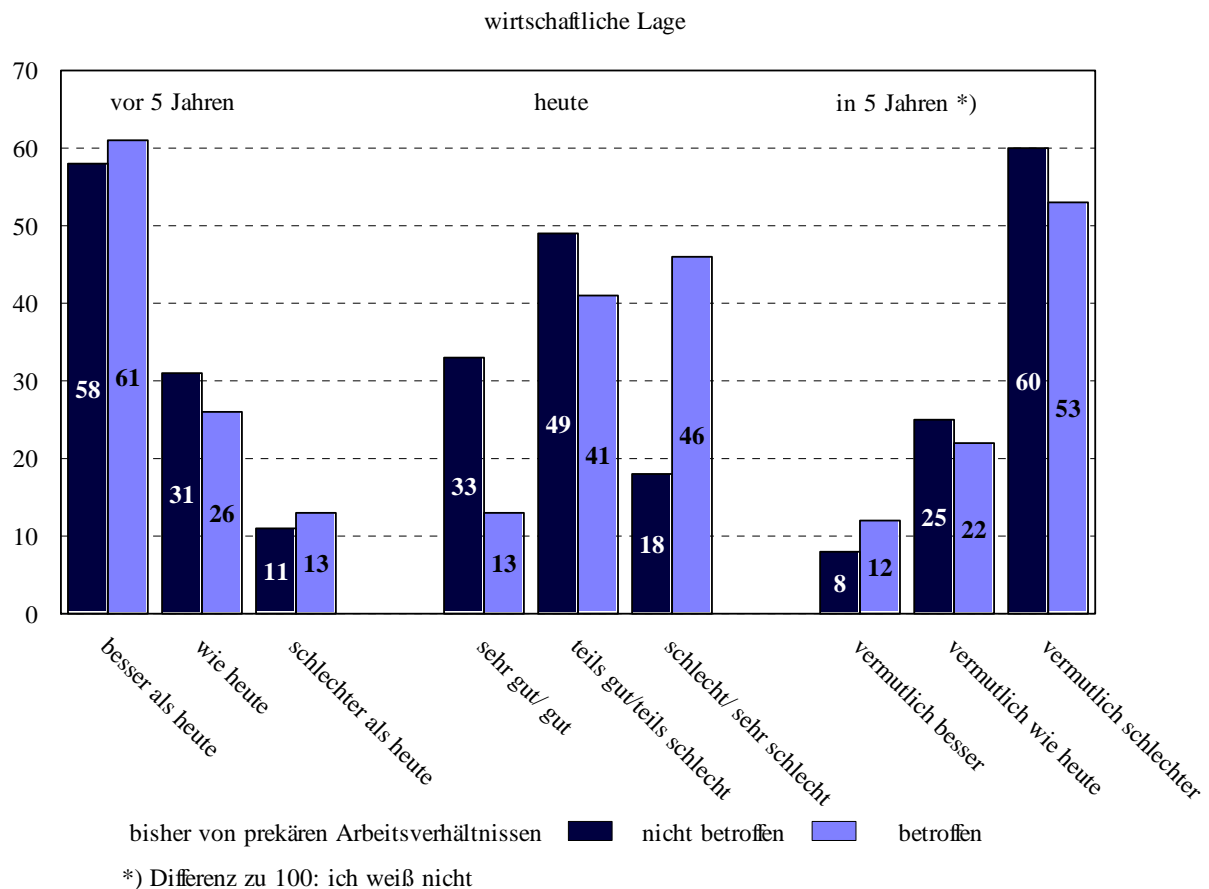
	Prozent
ABM oder SAM	17
geringfügig beschäftigt (bis zu 400 Euro monatlich)	17
MAE/1-Euro-Job	7
erwerbstätig mit einer Arbeitszeit von unter 20 Stunden/Woche	7
erwerbstätig mit einem Einkommen unter 4 Euro pro Stunde	6
erwerbstätig mit einem Einkommen, zu dem sie zusätzlich Aufstockungen durch Geldleistungen des Jobcenters erhielten	6
in mehreren Minijobs gleichzeitig beschäftigt	3

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage

Die Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Situation in Abhängigkeit von der Erfahrung prekärer Beschäftigung ist auffällig. Während die gegenwärtige Lage sehr unterschiedlich eingeschätzt wird, unterscheidet sich die Beurteilung der Entwicklung der eigenen Situation – gemessen an der Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Situation vor fünf Jahren und in fünf Jahren nur geringfügig. Ihre gegenwärtige wirtschaftliche Lage schätzen 46 % der von prekärer Beschäftigung Betroffenen als schlecht ein, während der Durchschnitt aller Befragten (in dem die erste Gruppe enthalten ist) die eigene Lage zu 29 % als schlecht einschätzt. Die Erfahrung dieser unsicheren und gering bezahlten Beschäftigung wirkt sich demnach auf die gegenwärtige Lage aus. Dieser Zusammenhang zeigt sich jedoch weder in der Retrospektive noch in der Zukunftserwartung. Die jeweilige wirtschaftliche Situation hat sich in den vergangenen fünf Jahren für Angehörige beider Gruppen fast gleichermaßen verändert und zu nicht ganz zwei Dritteln verschlechtert.

Abbildung 7: Betroffenheit von prekären Arbeitsverhältnissen nach Bewertung der wirtschaftlichen Lage - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

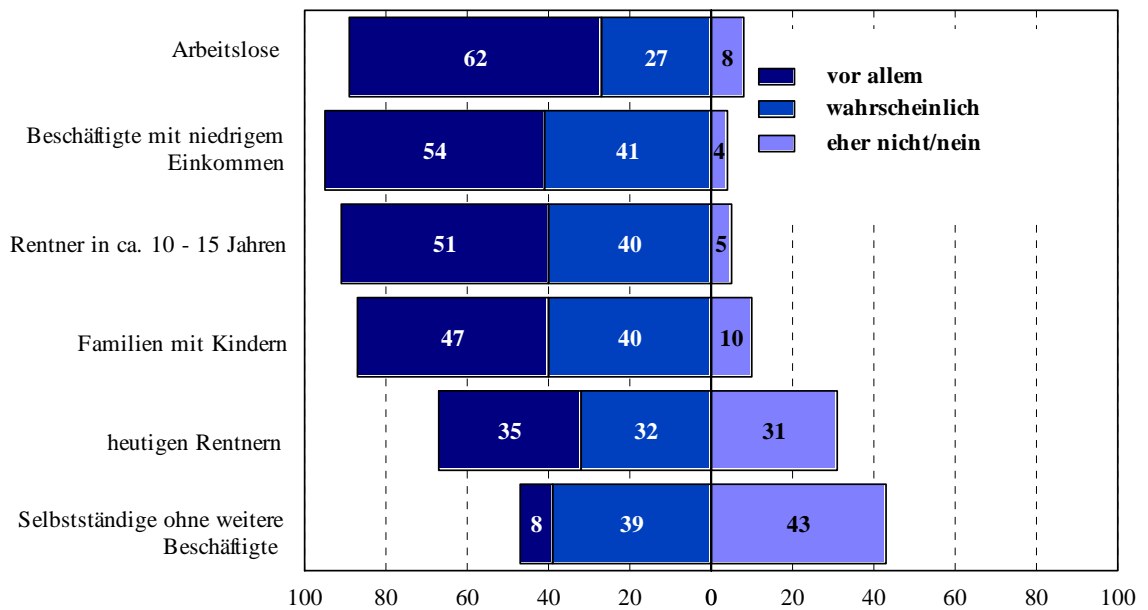
Auch die Zukunftserwartung der eigenen Situation ähnelt sich in beiden Gruppen. Hier ist sogar zu registrieren, dass der Pessimismus derjenigen, die bisher keine derartigen Arbeitsmarkterfahrungen gemacht haben, größer ist: 60 % der bisher nicht Betroffenen erwarten, dass ihre wirtschaftliche Lage in fünf Jahren schlechter als heute sein wird, dagegen sind es in der Betroffenenengruppe „nur“ 53 %.

Bei der Bewertung dieses Ergebnisses ist sicherlich zu berücksichtigen, dass die Chance der weiteren Schlechterstellung in der Zukunft für diejenigen, denen es heute besser geht, per se größer ist. Allerdings drückt sich in diesem Ergebnis eben eine große Unsicherheit hinsichtlich der Erwerbssituation und der künftigen Einkommenssituation aus.

Projektion von Armutserwartungen

Die Armut in Deutschland wird in den nächsten 10 Jahren zunehmen, davon sind über 90 % der Bürger überzeugt. Es werden der Ansicht der Befragten nach vor allem Arbeitslose, Beschäftigte mit niedrigem Einkommen, die zukünftigen Rentner und Familien mit Kindern von Armut betroffen sein.

Abbildung 8: Bevölkerungsgruppen, für die zunehmende Armut gesehen wird - neue Bundesländer
- 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

4. Auffassungen zu Demokratie und Mitbestimmung

Hauptergebnisse:

Die Einstellungen zur Demokratie sind von Widersprüchen gekennzeichnet.

Einerseits ist die Wertbindung gegenüber der Demokratie sehr hoch. Das heißt grundsätzlich und der eigenen Überzeugung entsprechend wird der Demokratie ein sehr hoher Stellenwert eingeräumt. Demokratie wird idealer Weise von der Mehrheit als ein ständiger Prozess gesehen, der als solcher nur gelingen kann, wenn die Menschen ständig an ihm beteiligt sind. Mehr als zwei Drittel der Menschen wollen in politische Entscheidungen einbezogen werden, umso mehr, wenn sie unmittelbar von ihnen betroffen sind. Dabei äußern die Befragten eine ausgesprochene Sachorientierung: Politik und Demokratie bedeuten für mehr als zwei Drittel eine Orientierung der politischen Entscheidungen auf die sachlichen Inhalte. Dem partizipatorischen Demokratieverständnis entspricht die breite Unterstützung diverser Formen unmittelbarer politischer Beteiligung und direkter Demokratie – und das nicht nur aus eigener Interessenlage heraus, sondern als intrinsisches Motiv.

Von diesen Wertvorstellungen weichen die praktischen politischen Erfahrungen und deren Bewertungen ab. Die Beurteilung der Demokratie ist alles andere als positiv und die Erwartungen sehr gering. Ihren eigenen Einfluss auf politische Entscheidungen schätzen die Menschen als unbefriedigend ein, umso mehr stimmen sie der Auffassung zu, dass politische Entscheidungen letztlich durch Interessen der wirtschaftlich Mächtigen bestimmt werden.

Ergebnisse:

Wert, Zufriedenheit und Erwartungen

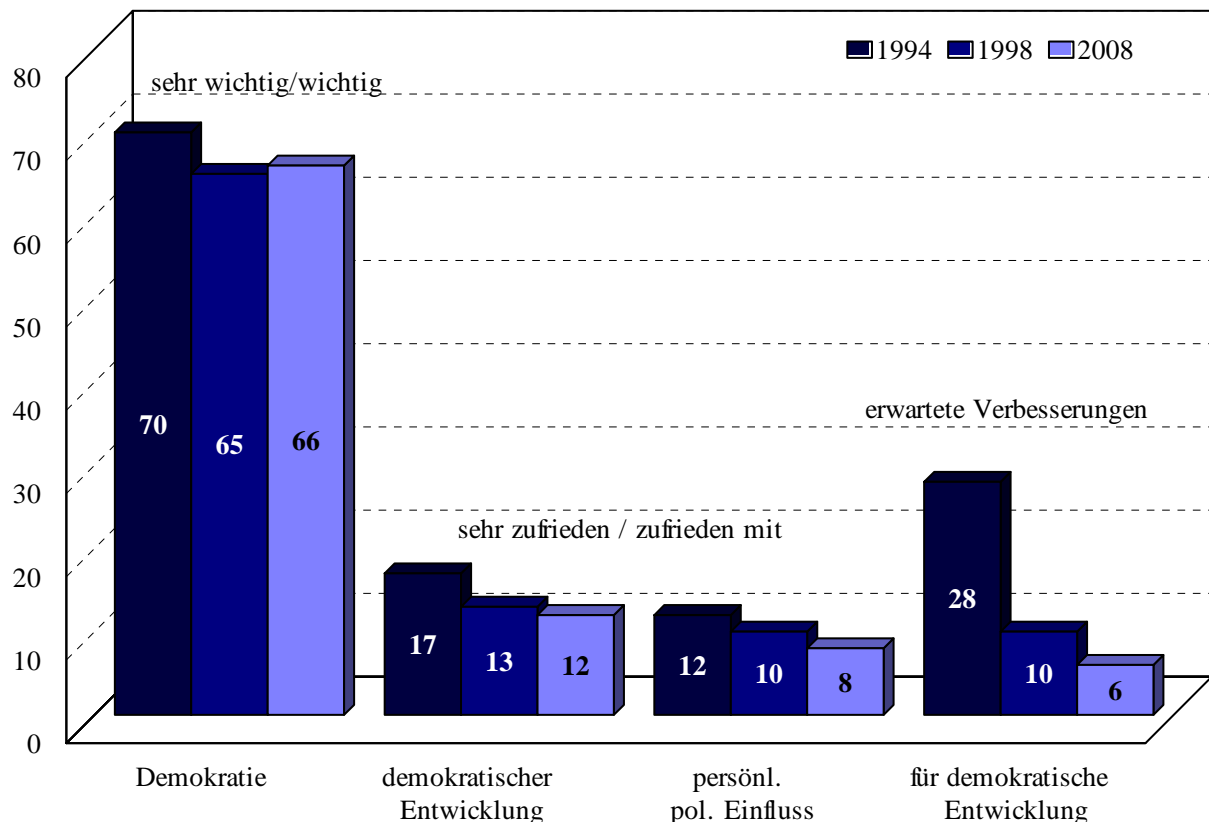
Demokratie ist im Wertevorrat der Ostdeutschen fest verankert. Seit 1994 ist die generelle Zustimmung zur Demokratie nicht wesentlich gesunken. Für 66 % der Befragten stellt Demokratie einen Grundwert dar.

Dagegen ist die Zufriedenheit mit der praktischen Gestaltung der Demokratie von dem ohnehin geringen Wert von 17 % im Jahr 1994 auf nur 12 % im Jahr 2008 gesunken.

Dabei spielt u.a. eine besondere Rolle, dass die Menschen den Eindruck haben, dass sie persönlich auf die Politik keinen Einfluss haben und dass ihre persönlichen Interessen und Belange in der Politik keine Widerspiegelung erfahren. Nur noch 8 % der Befragten sind mit ihrem eigenen Einfluss auf die Politik zufrieden.

Derartige Erfahrungen und Bewertungen schlagen sich auch in den Erwartungen an die demokratische Entwicklung nieder. Waren es 1994 noch 28 % der Bevölkerung, die im Hinblick auf die demokratische Entwicklung Verbesserungen erwarteten, so sind es in diesem Jahr nur noch 6 %.

Abbildung 9: Werte, Erwartungen und Zufriedenheiten mit Demokratie - ausgewählte Jahre
- neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 1994-2008 (gew.)

Dieser Widerspruch in den politischen Einstellungen und Orientierungen der Menschen und der politischen Praxis ist derart, dass er sich einerseits selbst verstärkt, andererseits zu einer diffusen und unstenen Einstellung gegenüber demokratischen Institutionen, Akteuren und Programmen.

Einschätzung von Merkmalen der Demokratie

Von den in die Befragung einbezogenen Merkmalen der Demokratie sind die miteinander verkoppelten Dimensionen der Sachorientierung und des Einbezogen-Seins die am häufigsten Genannten. Politik soll weder nur symbolisch, noch nur unter innerpolitischen Gesichtspunkten der Machterhaltung vollzogen werden, sondern orientiert auf die sachlichen, praktischen Probleme. Dazu sollen die Menschen in die Politik einbezogen werden, weil sie direkt oder indirekt betroffen sind. Das meinen 68 % der Befragten. Die Einbeziehung in Sachentscheidungen befürworten alle sozialen oder demografischen Gruppierungen gleichermaßen. Lediglich die Beamten sehen hier weniger Bedarf (57 %), sondern antworten überdurchschnittlich häufig mit „es trifft teilweise zu“ (40 %) – sie sehen wohl eher ihren eigenen Sachverstand oft als ausreichend an.

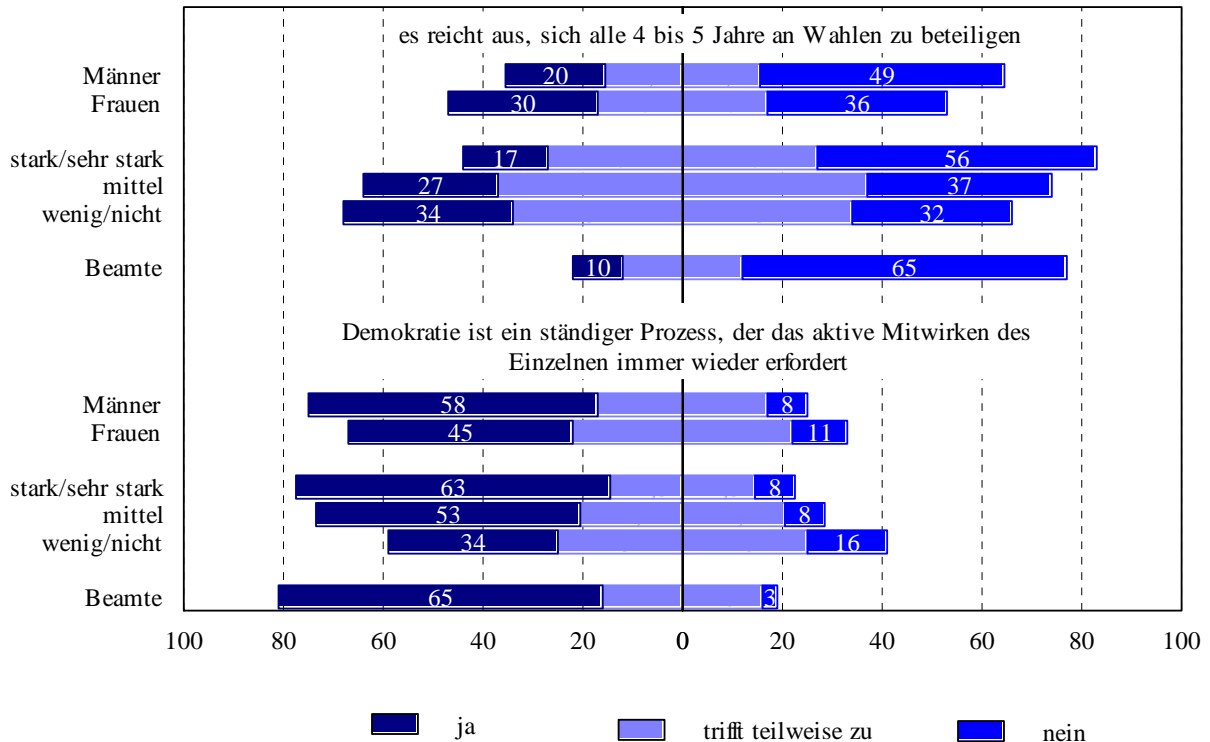
52 % der Ostdeutschen sind der Auffassung, dass Demokratie ein ständiger Prozess ist, der aktive Mitwirkung der Menschen zu seiner Bedingung hat. Wie unten gezeigt wird, sind die Formen, in denen sich eine solche aktive Mitwirkung ausdrücken sollte, sehr vielfältig.

Demgegenüber sind nur 25 % der Befragten der Auffassung, dass die Teilhabe an der repräsentativen Demokratie in der Form der Beteiligung an Wahlen ausreichend sei.

Diese Auffassungen werden jedoch differenziert vertreten. Beamte sind am deutlichsten gegen die reine Wahrnehmung einer passiven Demokratiebeteiligung und für die stetige Beteiligung des Einzelnen.

Aber auch zwischen Männern und Frauen und in Abhängigkeit vom Ausmaß des politischen Interesses weichen die Antworten z. T. deutlich voneinander ab.

Abbildung 10: Auffassungen zum Prozesscharakter von Demokratie - neue Bundesländer - 2008
- in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Diesen Vorstellungen steht das Urteil gegenüber, dass in der Praxis – egal, in welcher demokratischen Form politische Entscheidungen getroffen werden – diese letztlich immer durch die Interessen der Wirtschaft (und das bedeutet an dieser Stelle nicht: die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer) bestimmt sei. Zu dieser Einschätzung ist ergänzend hinzuzufügen, dass in den neuen Bundesländern mehrheitlich eine positive Einstellung gegenüber „dem Markt“ und der Marktwirtschaft anzutreffen ist. Hier aber sind die partikularen Interessen der großen wirtschaftlichen Interessengruppen gemeint.

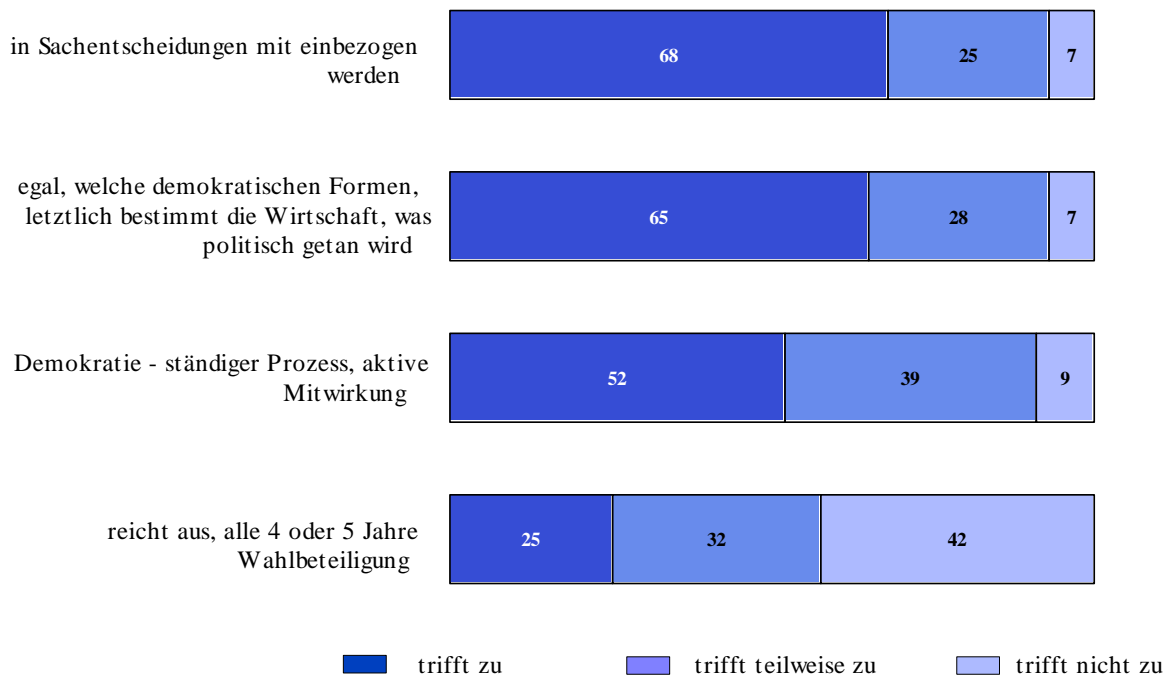
Tabelle 6: „Egal welche demokratischen Formen angeboten werden, letztlich bestimmt die Wirtschaft, was politisch getan wird“ - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -

	trifft		
	zu	teilweise zu	nicht zu
Gesamt	65	28	6
Alter			
unter 25 Jahre	40	50	10
25 - 39 Jahre	61	31	8
40 - 49 Jahre	66	28	6
50 - 59 Jahre	71	24	5
60 Jahre und älter	76	19	5
Politikinteresse			
stark/sehr stark	60	31	9
mittel	68	27	5
wenig/nicht	69	26	5

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Zusammenfassung der Merkmale

Abbildung 11: Auffassungen zur Demokratie - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -



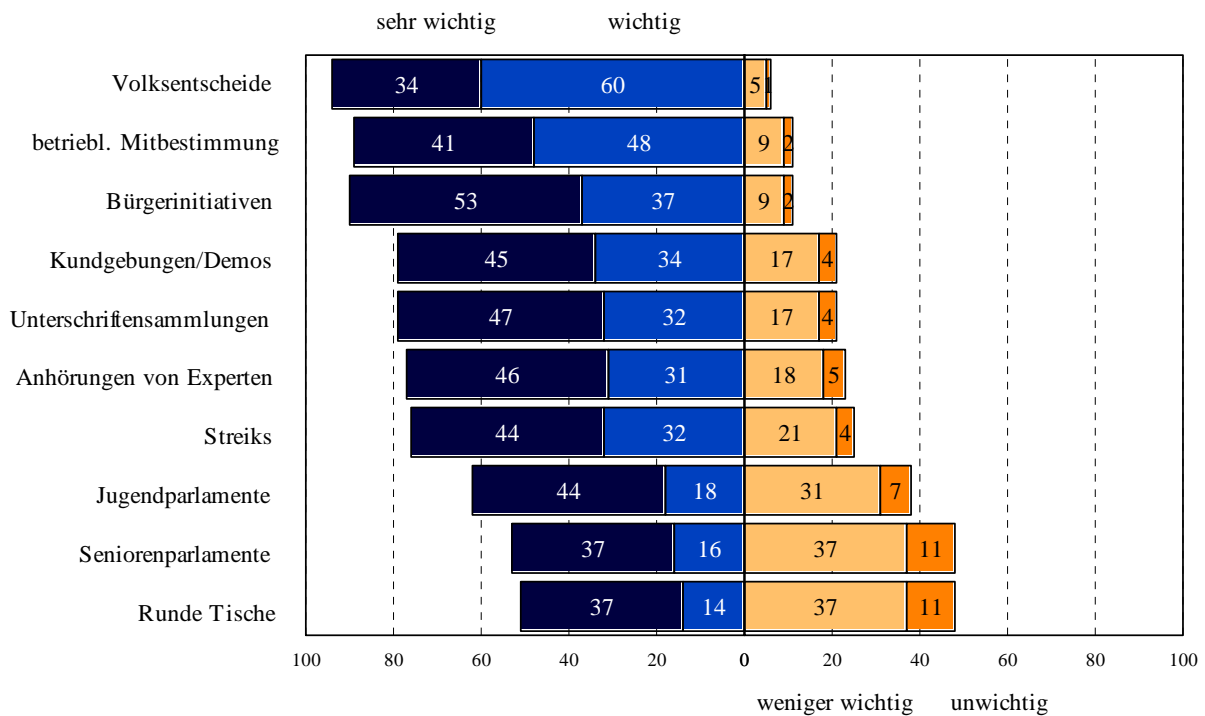
Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Formen politischer Teilnahme

Die wirksamsten Formen demokratischer Mitwirkung sind nach Auffassung der Befragten Volksentscheide und die betriebliche Mitbestimmung/Betriebsräte (59 bzw. 51 %). Danach folgen Bürgerinitiativen, Kundgebungen und Streiks. Die meisten dieser Formen demokratischer Mitwirkung zeichnen dadurch aus, dass sie unmittelbar auf die Interessenlagen der Menschen bezogen sind und dass sie eher temporären Charakter haben. Eine Ausnahme davon bildet die betriebliche Mitbestimmung, die allerdings auch nicht in jedem Fall auf der Basis der gewerkschaftlichen Organisation gesehen wird. Die-

ses Ergebnis bedeutet, dass die eher anhaltenden, organisierten und auf Mitgliedschaft beruhenden Formen demokratischer Mitwirkung den temporären nachgeordnet werden. Es kann sein, dass sich dahinter ein relativ grundsätzliches Misstrauen gegenüber klassischen Formen organisierter Mitwirkung verbirgt.

Abbildung 12: Wichtigkeit weiterer Formen demokratischer Mitwirkung - neue Bundesländer - 2008
- in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Sozio-demografische Differenzierungen sind nur bei einigen wenigen Indikatoren sichtbar.

Die Bedeutung der betrieblichen Mitbestimmung wird mit dem Alter zunehmend stärker gesehen. Während alle Qualifikationsgruppen diese Form gleich hoch bewerten, messen Beamte mit 79 % wichtig oder sehr wichtig dieser deutlich weniger Bedeutung zu.

Die Anhörung von Experten bewerten Beamte um 9 % höher als der Durchschnitt als wichtig oder sehr wichtig. Auch die in Ausbildung Stehenden - Schüler, Studenten und AZUBIS - bewerten diese Mitbestimmungsform mit 84 % überdurchschnittlich.

Jugend-, Seniorenparlamente und Runde Tische werden nicht für so wichtig erachtet, sie rangieren am Ende der Skala. Die Einbettung in die parlamentarische Form scheint vor allem für Frauen wesentlich wichtiger zu sein als für Männer.

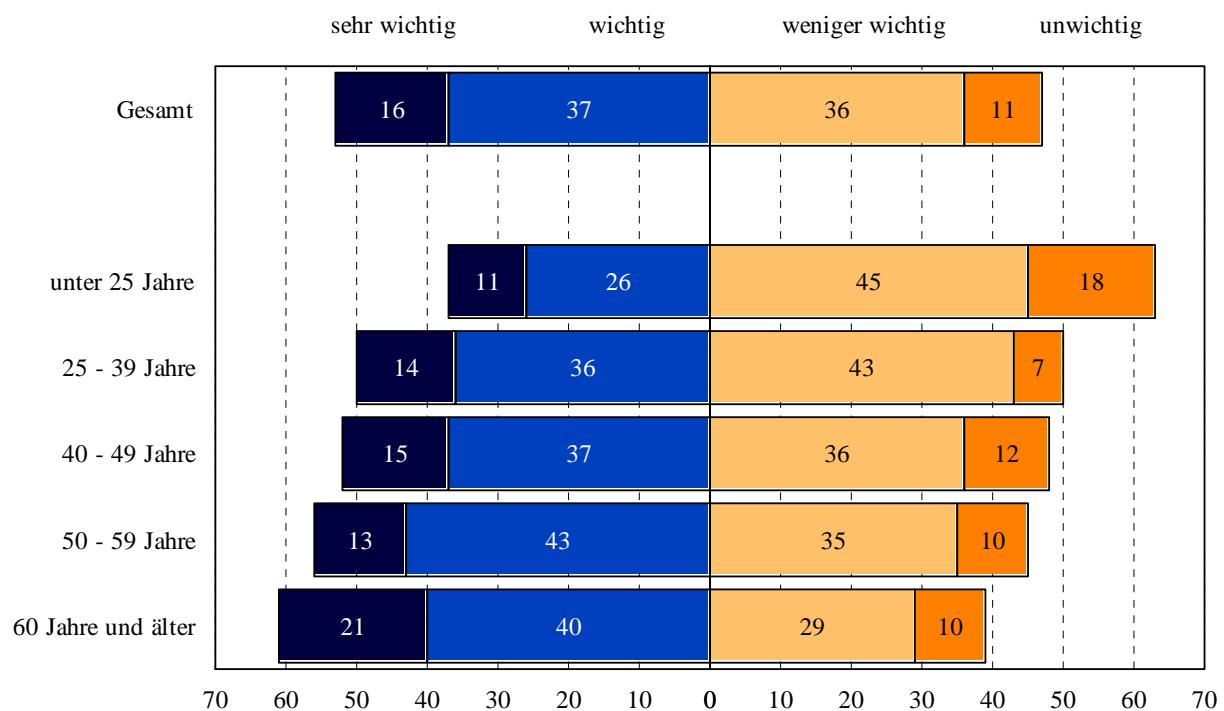
Tabelle 7: Institutionelle Formen der demokratischen Mitwirkung nach Geschlecht - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent - (nur Antwort: „wichtig“/„sehr wichtig“)

	Gesamt	Frauen	Männer
Jugendparlamente	62	73	51
Seniorenparlamente	53	62	43
Runde Tische	51	57	46

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Während für Runde Tische und Jugendparlamente keine weitere Differenzierung zu beobachten ist, wird bei der Wichtigkeit von seniorenbezogenen Formen der Mitwirkung - z.B. Seniorenparlamente - eine deutliche altersspezifische Abhängigkeit deutlich.

Abbildung 13: Wichtigkeit von Seniorenparlamenten nach Altersgruppen - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Die Möglichkeit, zusätzliche Gesichtspunkte einzubringen, nutzen nur knapp 2 % der Befragten. Die Mehrheit dieser Kommentare, Ergänzungen bezog sich auf eine (noch) stärkere Bürgernähe der Politiker (z.B. Beachtung inhaltlicher Umfragen, nicht nur solche in der Art „Wen würden Sie wählen, wenn ...“, Im Namen des Volkes heißt auch, das Volk zu fragen, ...).

Volksentscheide und andere Formen demokratischer Mitwirkung *Verbindlichkeit von Volksentscheiden*

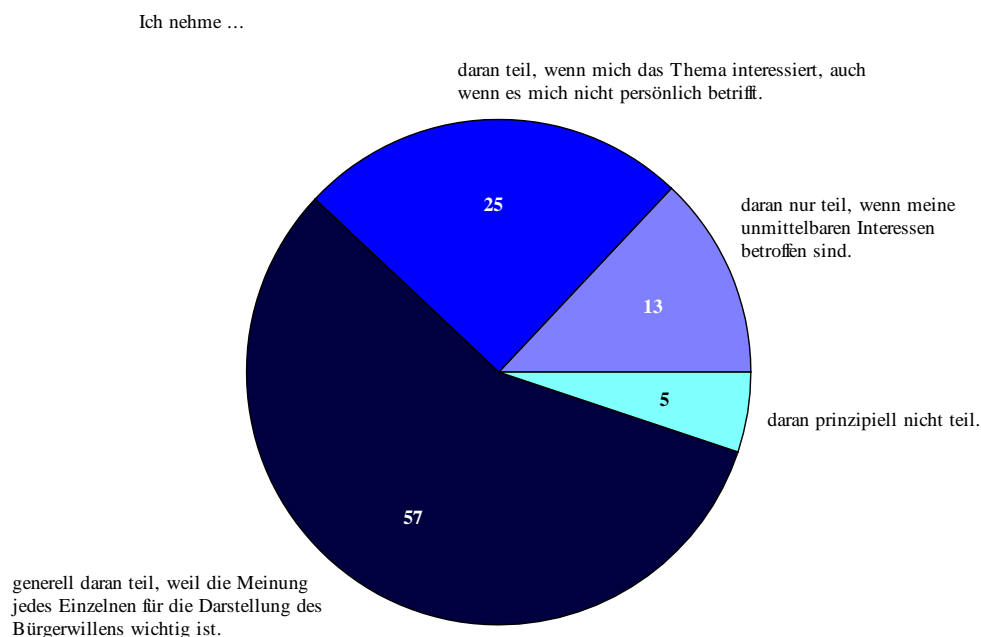
Die übergroße Mehrheit der Frauen und Männer aus den neuen Bundesländern (92 %) meint, dass die Abgeordneten an das Mehrheitsvotum eines Volksentscheides gebunden sein müssen.

Lediglich in der Gruppe der Jüngeren bis 25 Jahre (18 %) bzw. Schüler, Studenten und Auszubildenden (22 %) sieht ein überdurchschnittlicher Teil keine Gebundenheit der Abgeordneten an das Ergebnis eines Volksentscheides. Aber auch mehr als drei Viertel der in Ausbildung Stehenden votieren für die Akzeptanz der Volksmeinung.

Teilnahme an Bürgervoten

Mit der Befürwortung einer generellen Teilnahme an Bürgerbegehren oder Volksentscheiden drücken mehr als 50 % der Bürger ihr Interesse an der Mitwirkung in demokratischen Willensbildungen und Entscheidungen aus. Diese Zustimmung beruht auf einem demokratischen Wertbezug, der ein grundsätzliches Interesse des Einzelnen an der politischen Gemeinschaft beinhaltet. Ruft das Thema Interesse hervor, auch ohne persönlich davon betroffen zu sein, sieht ein Viertel der Bürger darin einen Grund zur Teilnahme. In diesem Fall drückt sich eine Einstellung aus, die auch ohne einen starken intrinsischen politischen Bezug Teilhabe am politischen Entscheidungsverfahren durch ein sachliches Interesse begründet, ohne dass dabei unmittelbar eigene Lebensbedingungen betroffen sein müssen. 13 % drücken ihr Interesse an einer Teilnahme an Volksentscheiden nur dann aus, wenn sie durch die Entscheidung unmittelbar betroffen sind. Schließlich geben nur 5 % der Befragten an, sich nicht an einem Volksentscheid beteiligen zu wollen.

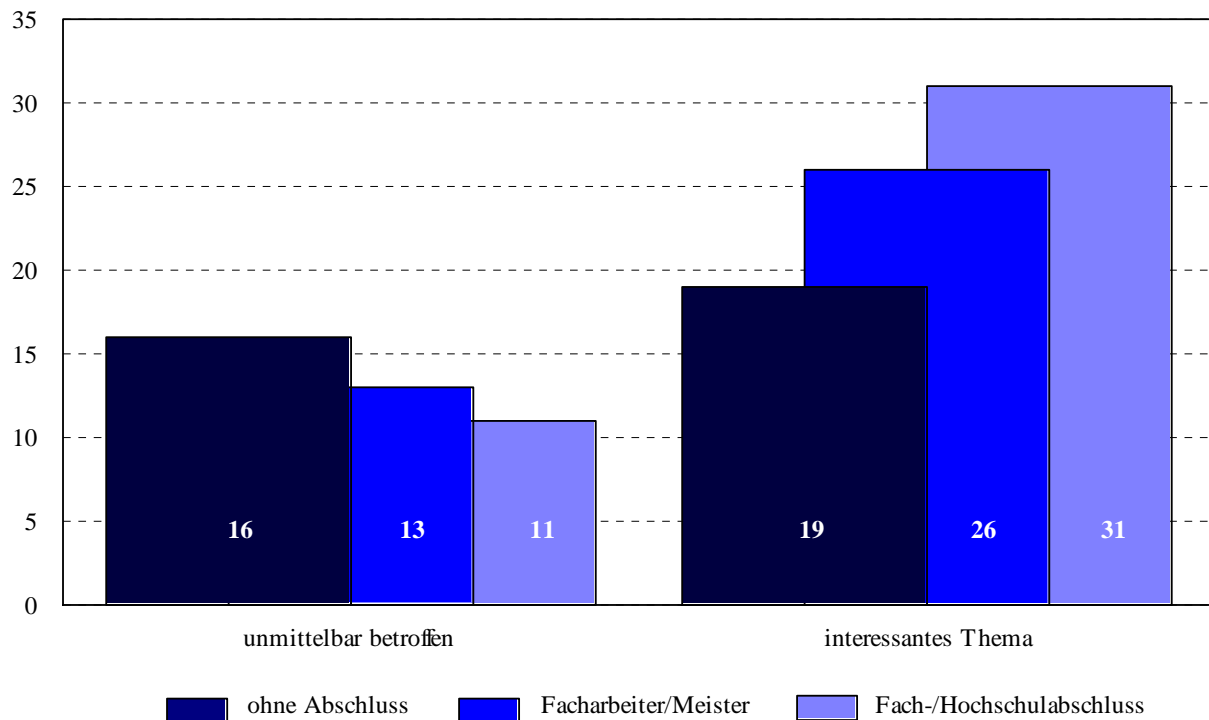
Abbildung 14: Gründe für die Teilnahme an Bürgerbefragungen, Bürgerbegehren und/oder Volksentscheiden - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Die generelle Teilnahme nimmt mit steigendem Politikinteresse zu (stark/sehr stark: 65 %, mittel: 57 %, wenig/nicht: 46 %). Beamte nehmen überdurchschnittlich häufig nur dann daran teil, wenn sie das Thema interessiert (35 %). Gleiches gilt für die Höherqualifizierten und in umgekehrtem Zusammenhang für die unmittelbare Betroffenheit.

Abbildung 15: Gründe für die Teilnahme an Bürgerbefragungen, Bürgerbegehren und/oder Volksentscheiden nach Qualifikation - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

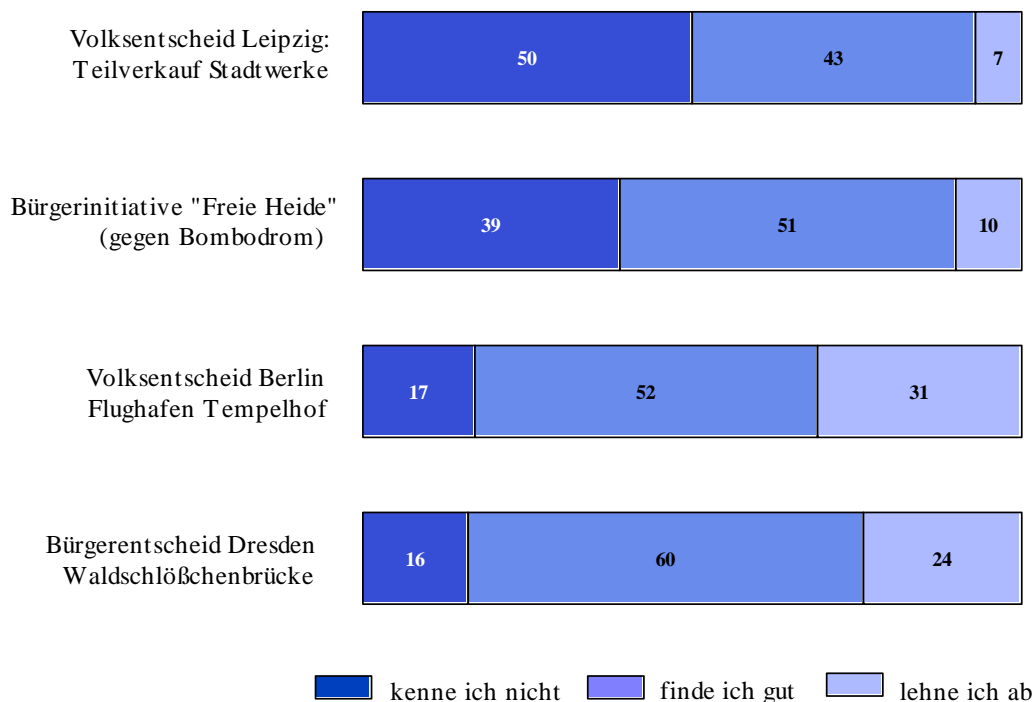
Kenntnis und Bewertung von Bürgervoten

Die bekanntesten Beispiele für direkte Demokratie in letzter Zeit sind der Bürgerentscheid in Dresden über den Bau der Waldschlösschenbrücke und der Volksentscheid gegen die Schließung des Berliner Flughafens Tempelhof. Weniger bekannt sind die Bürgerinitiative „Freie Heide“, die für die Schließung des Bombenabwurfplatzes kämpft und der Leipziger Volksentscheid gegen den Teilverkauf der Stadtwerke.

Trotzt der eher regionalen Bedeutung, die die in die Untersuchung einbezogenen Bürgervoten hatten, sind sie mindestens in dem Maße bekannt und finden Unterstützung, in dem auch ein allgemeines Interesse an der Beteiligung an derartigen Meinungsbekundungen vorliegt. Das bedeutet, dass das allgemeine Interesse daran nicht nur bekundet wird, sondern dass man sich auch dafür interessiert und darüber informiert. Die Unterstützung der einzelnen Initiativen fällt dennoch differenziert aus.

Die größte Unterstützung in der Bevölkerung finden der Bürgerentscheid in Dresden (60 % finden das gut) und die Bürgerinitiative „Freie Heide“ (51 %). Das Berliner und das Leipziger Anliegen stoßen bei jedem Zweiten auf Zustimmung.

Abbildung 16: Kenntnis über aktuelle Beispiele bürgernaher Demokratie - neue Bundesländer - 2008
- in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Deutlich mehr Frauen als Männer kennen diese konkreten Formen direkter Demokratie nicht.

Tabelle 8: (Un-)Kenntnis über aktuelle Beispiele bürgernaher Demokratie nach Geschlecht
- neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -

	Gesamt	Frauen	Männer
Volksentscheid Leipzig	50	58	41
Bürgerinitiative „Freie Heide“	39	45	33
Volksentscheid Berlin	17	22	12
Bürgerentscheid Dresden	16	22	10

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Hohes politisches Interesse korreliert mit der Zustimmung zu derartigen Formen direkter, bürgernaher Demokratie. Mit der Qualifikation nimmt die Zustimmung zum Berliner Volksentscheid ab, zu allen anderen jedoch zu.

Tabelle 9: Zustimmungen zu konkreten Formen bürgernaher Demokratie - neue Bundesländer -
2008 - in Prozent -

	Dresden	Berlin	Bombodrom	Leipzig
Gesamt	60	52	51	43
Geschlecht				
Männer	61	54	55	50
Frauen	58	51	48	36
Qualifikation				
ohne Abschluss	52	54	38	33
Facharbeiter/Meister	62	52	53	45
Fach-/Hochschule	63	48	62	50
Politisches Interesse				
stark/sehr stark	64	55	61	53
Mittel	60	51	51	44
wenig/nicht	55	49	39	28

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

5. Erfahrungen aus der DDR für Sozialreformen nutzen

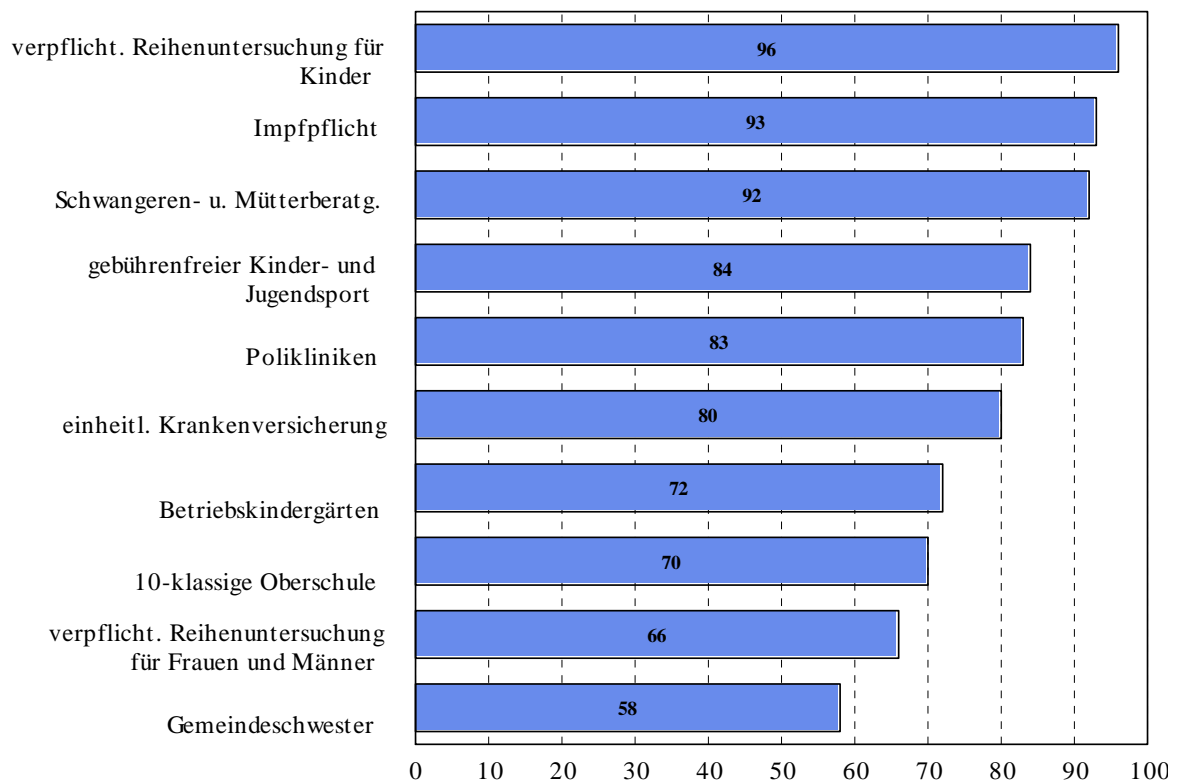
Auch nach der flächendeckenden Anpassung des Institutionensystems an das der alten Bundesrepublik sind die Befragten mehrheitlich der Auffassung, dass für weitere Reformen des Sozialsystems in einigen Bereichen die institutionellen und gesetzlichen Erfahrungen aus der DDR genutzt werden könnten. Die Untersuchung schloss insbesondere Erfahrungen aus den Bereichen Gesundheit und Bildung ein. Den Hintergrund von Erwartungen, die mit dieser Auffassung verbunden sind, bilden grundsätzliche Einstellungen der Menschen in Ostdeutschland zu Fragen der Chancengleichheit und sozialen Gerechtigkeit, aber auch zunehmende Unzufriedenheit mit den Gegebenheiten vor allem im gesundheitlichen Bereich.

Insbesondere sind dabei Fragen der gesundheitlichen Prävention, des Zugangs zu medizinischen Leistungen, der einheitlichen Krankenversicherung, der medizinischen Betreuung (vor allem in ländlichen Regionen) angesprochen, aber auch Fragen der Kinderbetreuung und der Schulbildung.

Ergebnisse im Einzelnen:

Vor allem die Reihenuntersuchungen für Kinder, die Schwangeren- und Mütterberatung und die Impfpflicht werden von über 90 % der Befragten als Reformpotenzial gesehen. Es sind vorrangig die Organisationsformen für Gesundheitsleistungen, die auf den Erfahrungen der (DDR-)Bürger aufbauend als Modell für ein reformbedürftiges Gesundheitswesen dienen können. Es geht hierbei nicht um die medizinische Leistungsfähigkeit wie Diagnostik oder Therapie, deren Wirksamkeit und Effizienz kaum bezweifelt wird, sondern um Fragen des generellen Zugangs zu Gesundheitsleistungen.

Abbildung 17: Gestaltungsformen aus der DDR, die im Rahmen der Reformen des Sozialstaates aufgegriffen werden sollten - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent - (nur Antwort: „unbedingt“)



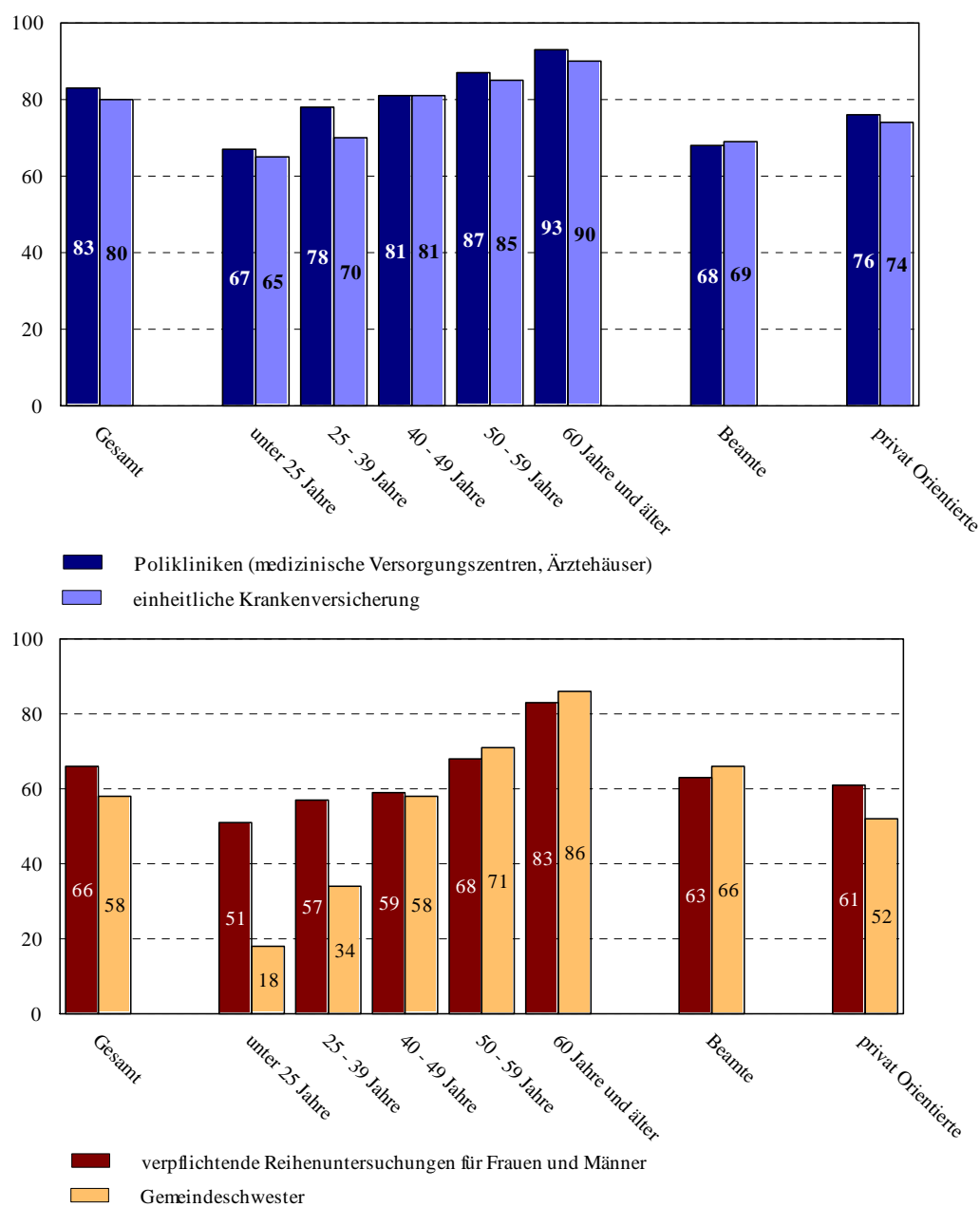
Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Hinsichtlich der drei Gestaltungsformen, die von mehr als 90 % der Befragten als Anregung aus der DDR für mögliche Sozialreformen gesehen werden, sind keine sozio-demografischen Differenzierung-

gen erkennbar. Lediglich bei den bis unter 25-Jährigen ist die Wichtigkeit der verpflichtenden Reihenuntersuchungen für alle Kinder nicht so bedeutsam (86 %) wie für alle anderen Frauen und Männer aus den neuen Bundesländern. Schüler, Lehrlinge und Studenten (79 %) wie auch die Beamten (76 %) sehen einen de facto gebührenfreien Kinder- und Jugendsport als weniger für Reformen interessant an. Während bei den Auszubildenden eher das Desinteresse bestimmend ist (19 % sagen "es ist mir egal", Durchschnitt aller Befragten 9 %), werden die vom Durchschnitt abweichenden Antworten der Beamten von einer zweieinhalb mal höheren Ablehnung (18 % gegenüber 7 % des Durchschnitts) bestimmt.

Alle folgenden, gesundheitsbezogenen Gestaltungsaspekte werden mit steigendem Alter höher bewertet. Demgegenüber sehen dies privat Orientierte und Beamte - mit einer Ausnahme bzgl. des Gemein-
deschwestermodells - weniger wichtig.

Abbildung 18: Gestaltungsformen aus der DDR, die im Rahmen der Reformen des Sozialstaates aufgegriffen werden sollten - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent - (nur Antwort: „unbedingt“)



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

In den Gemeinden bis zu 1.000 Einwohnern befürworten zwei Drittel das Gemeindeschwestermodell der DDR. Gerade für Regionen mit abnehmender Bevölkerungszahl und damit verbundenen infrastrukturellen Defiziten, auch im medizinischen Versorgungsbereich, kann das an der DDR-Gemeindeschwester orientierte Konzept dazu beitragen, niedergelassene Hausärzte zu entlasten und eine dem Bedarf entsprechende Krankenversorgung auch in der Fläche sicherzustellen.

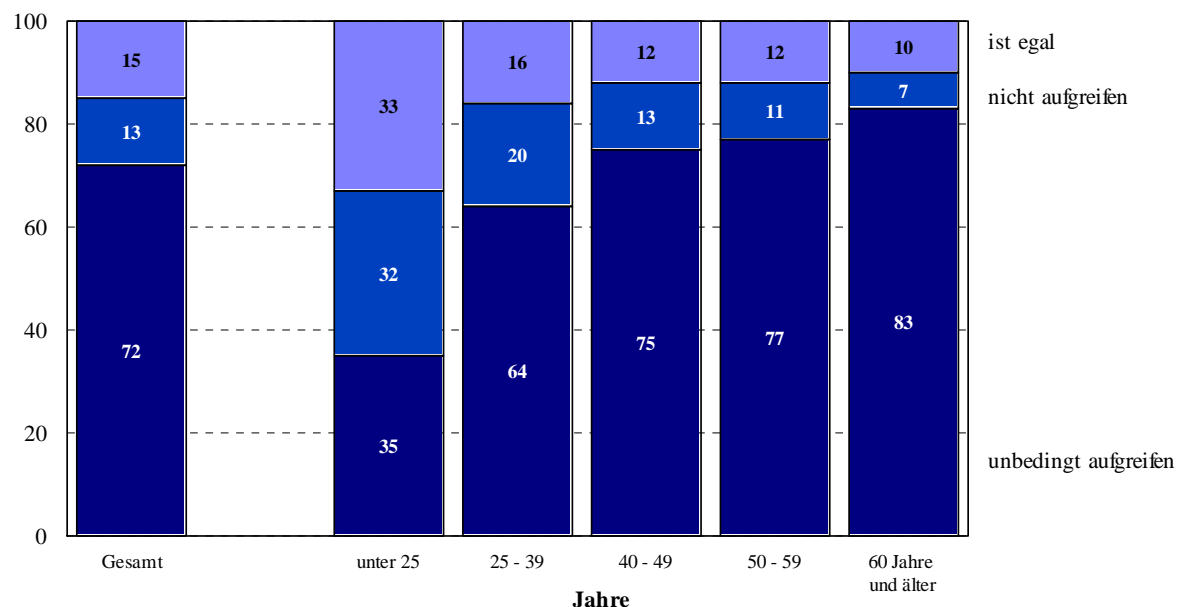
Das darauf basierende AGnES-Konzept (AGnES = Arztentlastende, Gemeindenahe, E-Healthgestützte, Systemische Intervention) wird seit 2005 in mehreren Projekten in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt erprobt.

Die Einrichtung (weiterer) Betriebskindergärten wird von deutlich mehr Frauen (78 %) als Männer (65 %) als notwendig angesehen. Überdurchschnittlich häufig wird dies auch benannt von Auszubildenden (82 %).

Alleinerziehende (76 %), die in der Regel ohne partnerschaftliche Hilfe die Kinderbetreuung einschließlich Bringen und Holen bewältigen müssen, liegen hier ebenso über dem Durchschnitt wie Einwohner der kleinen Gemeinden bis zu 1.000 Einwohner (81 %), die nur selten die Kinderbetreuung in Wohnortnähe absichern können und dann die Mitnahme der Kinder zum möglichen Betriebskindergarten als familiär eher sinnvoll ansehen als die Inanspruchnahme von Kitas in Nachbargemeinden.

Insbesondere Jüngere messen der 10-klassigen Gemeinschaftsschule eine deutlich geringere Reformbedeutung zu als Ältere. Das betrifft auch die Ablehnungsintensität. Lediglich diejenigen, die der Schule zeitlich noch am nächsten stehen und oft noch keine Kinder im schulpflichtigen Alter haben, stehen dieser Gestaltungsform mit überdurchschnittlichem Desinteresse entgegen.

Abbildung 19: Altersspezifische Aussagen zur Einführung der Gemeinschaftsschule im Rahmen der Reformen des Sozialstaates - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Ergänzungen zum vorliegenden Indikatorenkatalog gaben 11 % der Befragten. Diese betrafen vorrangig (mehr als die Hälfte derer, die hier Bemerkungen abgaben) - unabhängig davon, ob Einzelnes praktiziert wird - die Gebührenfreiheit bei den verschiedensten bildungsbezogenen Leistungen, wie z.B. Schulessen, Lehrbücher, -pläne, Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche, Schülertransport, Studiengebühren.

Weitere Angaben betrafen das Recht auf Arbeit und die Gleichbehandlung im Gesundheitswesen.

6. Mehr regierungsamtliches Engagement für ostdeutsche Interessen

Hauptergebnis:

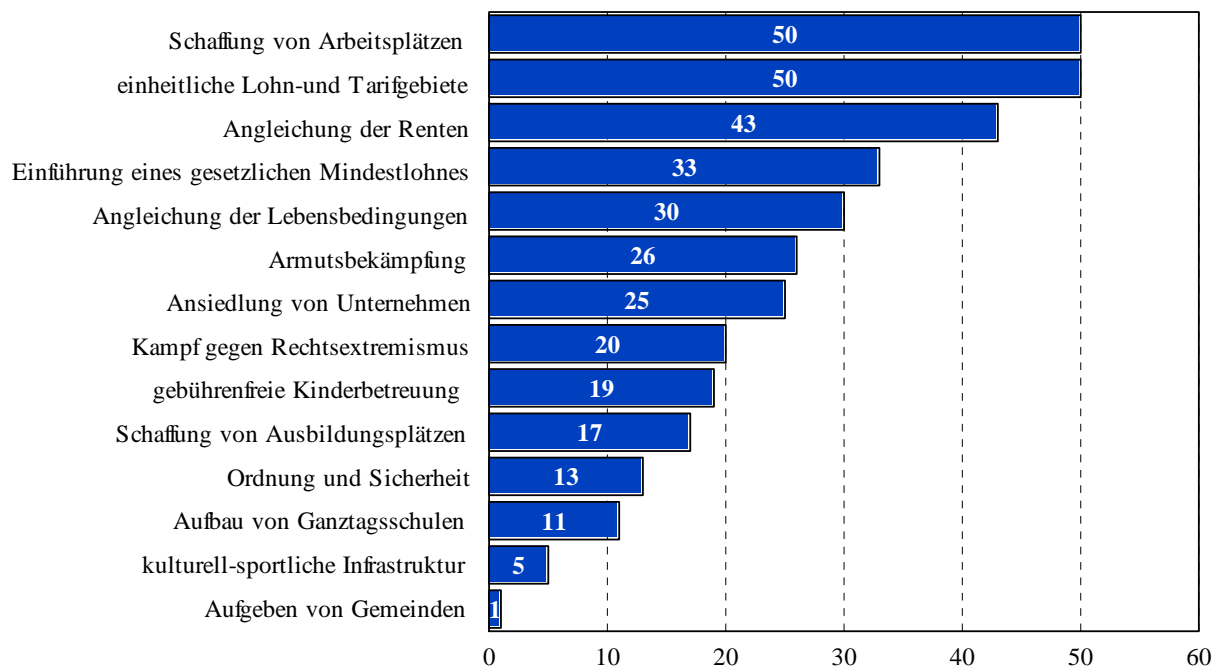
Die Erwartungen der Bürger/-innen in den neuen Bundesländern an die Bundeskanzlerin konzentrieren sich darauf, dass sie sich neben der an erster Stelle der Rangliste der Politikbereiche stehenden Schaffung von Arbeitsplätzen, vor allem für die Angleichung der Einkommensbedingungen über einheitliche Lohn- und Tarifgebiete und Rentenangleichung einsetzen sollte. Die Themen der unteren Rangplätze in der Liste sind vorwiegend in regionaler Verantwortung und werden nur bedingt der Kompetenz der Bundeskanzlerin zugeordnet.

Ergebnisse im Einzelnen:

Auf den ersten Plätzen der Politikbereiche, für die sich die Bundeskanzlerin einsetzen sollte, rangieren Arbeit, Einkommen und die Angleichung der Lebensverhältnisse.

Im Mittelfeld der Rangliste - ca. ein Drittel der Nennungen - werden Bemühungen um die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes und um die Angleichung der Lebensbedingungen erwartet. Zwischen einem Viertel und einem Fünftel werden Rahmendbedingungen genannt, die die Attraktivität der neuen Bundesländer mittelbar erhöhen sollen.

Abbildung 20: Auf welchen Gebieten sollte sich die Bundeskanzlerin mehr für die Interessen der Ostdeutschen einsetzen? - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Auf der unteren Skala der Liste rangieren mit weniger als einem Fünftel der Nennungen bildungspolitische und infrastrukturelle Entscheidungen sowie Fragen der Ordnung und Sicherheit.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen wird - wie zu erwarten - von den Arbeitslosen am häufigsten (57 %), aber auch von Beamten und Selbstständigen (je 56 %) benannt, während Rentner hier ebenso deutlich weniger (44 %) Handlungsbedarf der Bundeskanzlerin sehen wie die eher privat Orientierten.

Einheitliche Lohn- und Tarifgebiete verlieren mit dem Alter der Befragten an Relevanz. Während fast 60 % der unter 40-Jährigen hier den Einsatz der Bundeskanzlerin erwarten, ist es nur ein gutes Drittel (37 %) der über 60-Jährigen und der Rentner (36 %).

Demgegenüber nimmt der Einsatz für eine Angleichung der Renten mit dem Alter deutlich zu. Von den unter 40-Jährigen sieht hier nur ein Fünftel Handlungsbedarf, während mehr als drei Viertel der Ältern ab 60 Jahre (77 %) die Bundeskanzlerin gefordert sehen. Weniger als ein Fünftel der Beamten (18 %) sehen hier, begründet im sicheren Pensionsanspruch, Handlungsbedarfe. Aber auch Familien (22 % der Paare mit Kindern, 23 % der Alleinerziehenden) setzen ihre Prioritäten für Regierungshandeln nicht in eine Rentenangleichung.

Der Einsatz für die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen wird vor allem von denjenigen gefordert, die schon Erfahrung mit prekären Arbeitsverhältnissen sammeln mussten (38 %). Beamte, Selbstständige und privat Orientierte sehen demgegenüber (25 - 27 %) weniger Einsatzintensität.

Ein Einsatz der Bundeskanzlerin für die - allgemeine - Angleichung der Lebensbedingungen nimmt mit der Gemeindegröße zu. Weniger als ein Viertel der Einwohner kleiner Gemeinden (24 %) sehen hier die Kanzlerin in der Pflicht, aber deutlich mehr als ein Drittel derer aus Großstädten (38 %).

Der Einsatz für die - weitere - Ansiedlung von Unternehmen wird, wie auch schon hinsichtlich des damit korrespondierenden Indikators „Schaffung von Arbeitsplätzen“, häufiger von Beamten und Selbstständigen (42 %) angemahnt, aber auch von Jüngeren, auf den Arbeitsmarkt drängenden Befragten werden hier mit 32 % noch deutlich überdurchschnittliche Bedarfe gesehen.

Die Bekämpfung der Armut in den neuen Bundesländern wird am häufigsten von Arbeitslosen (49 %) und denjenigen, die mit prekären Arbeitsbedingungen konfrontiert waren (33 %), genannt. Nur sehr geringen Handlungsbedarf sehen die privat Orientierten (18 %). Diese fordern jedoch die Bundeskanzlerin im Kampf gegen Rechtsextremismus mit Abstand (32 %) am deutlichsten.

Familien erhoffen bei der Durchsetzung gebührenfreier Kinderbetreuung (25 %) und der Schaffung von Ausbildungsplätzen (23 %) die Unterstützung der Bundeskanzlerin.

7. Kinderfreundlichkeit der Kommunen

Hauptergebnisse:

Die Mehrheit der Menschen in den neuen Bundesländern wohnt nach ihrer Ansicht in einem kinderfreundlichen Wohnort. Familien mit Kindern beurteilen die Situation aber auch kritischer als Paare ohne Kinder und Alleinlebende. Kleinere Gemeinden werden positiver bewertet als größere, mit der Gemeindegröße steigt die Zahl derer, die sich eine Beurteilung nicht zutrauen. Je älter die Befragten, umso häufiger wird die Kinderfreundlichkeit des Wohnortes bestätigt. Kaum vorhanden sind jedoch vielfältige Angebote für Jugendliche.

Ergebnisse im Einzelnen:

In den Diskussionen um den demografischen Wandel wird oft darauf verwiesen, dass Familienfreundlichkeit einen wichtigen Standortfaktor darstellen würde.³ Da Familien in diesem Zusammenhang auch immer Kinder bedeuten, sind Gemeinden und Städte stark daran interessiert, als kinderfreundlich zu gelten. Für kinderfreundlich halten 59 % der Befragten ihre Gemeinde oder Stadt, darunter 17 % mit "ja", der größte Anteil (42 %) sieht eine überwiegende Kinderfreundlichkeit, fast ein Viertel (23 %) sieht seinen Wohnort weniger und 4 % nicht kinderfreundlich. Immerhin können sich 13 % nicht festlegen.

Tabelle 10: Ist die Gemeinde oder Stadt, in der Sie wohnen, als kinderfreundlich zu bezeichnen?
- neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -

	ja	überwiegend	weniger	nein	ich weiß nicht
Gesamt	17	42	23	5	13
Alter					
unter 25 Jahre	17	35	33	10	5
25 - 39 Jahre	11	43	27	7	12
40 - 49 Jahre	14	44	26	4	12
50 - 59 Jahre	16	44	21	5	14
60 Jahre und älter	22	43	15	4	16
Gemeindegröße					
unter 1.000 Einwohner	21	38	22	10	9
1.000 - 5.000 Einwohner	22	43	19	6	9
5.000 - 20.000 Einwohner	20	44	20	4	12
20.000 - 100.000 Einwohner	11	42	27	7	13
100.000 Einwohner und mehr	11	42	26	4	17

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Mehr als ein Drittel der Paare mit Kindern (36 %) und jede/r Dritte Alleinerziehende (33 %) attestieren ihrer Gemeinde wenig oder keine Kinderfreundlichkeit. Nur jeweils 5 von 100 glauben, dies nicht einschätzen zu können. Paare ohne Kinder sehen die Kinderfreundlichkeit deutlich weniger kritisch (24 %), verzichten aber auch dreimal häufiger auf eine Bewertung.

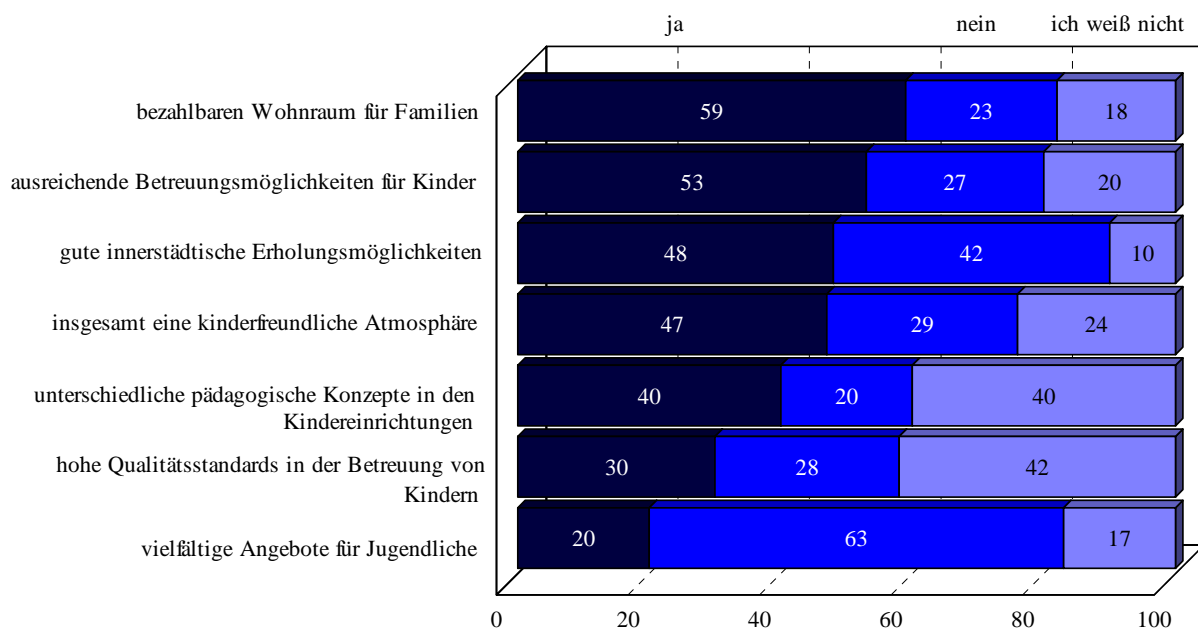
³ Vgl. Familienatlas 2007: Standortbestimmung, Potenziale, Handlungsfelder, Hrsg.: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin 2007.

Familien- und Kinderfreundlichkeit lassen sich vor allem daran messen, ob die Bedürfnisse und Vorstellungen von Familien mit Kindern mit den lokalen Angeboten übereinstimmen. Zu der familienrelevanten Infrastruktur gehören insbesondere Kinderbetreuungseinrichtungen, Wohnraum, Erholungsmöglichkeiten, Freizeitmöglichkeiten und Bildung.

59 % der Befragten schätzen ein, dass bezahlbarer Wohnraum vorhanden sei und 53 % sehen ausreichende Betreuungsmöglichkeiten für Kinder. Gute innerstädtische Erholungsmöglichkeiten bestätigt knapp die Hälfte der befragten Familien (48 %).

Bemängelt wird deutlich eine unzureichende Angebotsvielfalt für Jugendliche (63 %). Die Mehrheit der Befragten sieht hier Defizite.

Abbildung 21: Würden Sie sagen, es gibt in Ihrer Gemeinde/Ihrer Stadt ...?
- neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Hinsichtlich der Beurteilung von Konzepten und Qualität der Kinderbetreuung trauen sich vier von zehn der Befragten - mehrheitlich Frauen und Männer ohne Kinder im Haushalt - keine Wertung zu.

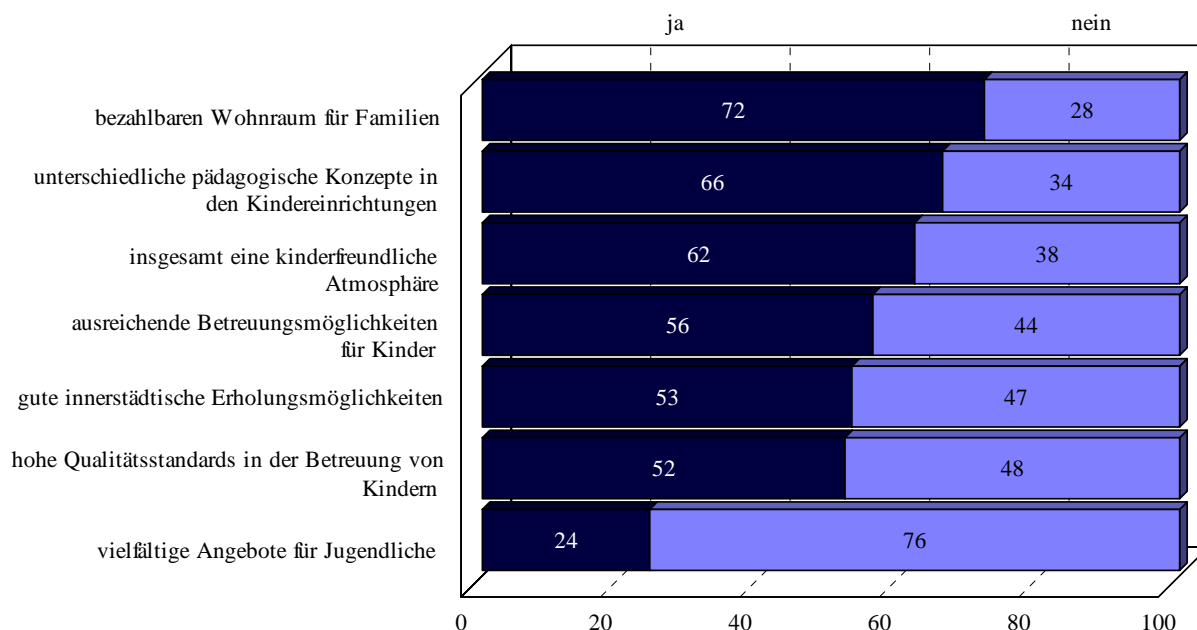
Werden bei dieser Fragestellung nur die alternativen Antworten "ja" bzw. "nein" verglichen und der Skalenwert „ich weiß nicht“ als Missing gesetzt, also nur diejenigen betrachtet, die eine Wertung abgeben, ergibt sich ein anderes Bild.

Bis auf die Mängel hinsichtlich der Freizeitangebote für Jugendliche überwiegt die positive Bewertung. Ein Viertel meint, dass es im Zusammenhang mit der Kinderfreundlichkeit des Wohnortes nicht ausreichend bezahlbaren Wohnraum für Familien gibt.

Eine Vielfalt von pädagogischen Konzepten in den verschiedenen Kindereinrichtungen, als Ergebnis der sich ausdifferenzierenden Trägervielfalt, wird von zwei Dritteln (66 %) bestätigt, ist aber wohl nicht gleichzusetzen mit Betreuungsqualität - hier werden deutlich geringere Zustimmungen sichtbar (52 %).

Bedarfe werden neben den fehlenden Angeboten für Jugendliche, aber auch hinsichtlich der Kinderbetreuung gesehen (44 %).

Abbildung 22: Würden Sie sagen, es gibt in Ihrer Gemeinde/Ihrer Stadt ...? - neue Bundesländer
- 2008 - in Prozent - (nur Antworten derer, die eine Wertung abgeben)



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Das Vorhandensein von bezahlbarem Wohnraum für Familien wird mit zunehmendem Alter kritischer gesehen (76 % der unter 25-Jährigen, 54 % der ab 60-Jährigen). Je kleiner der Wohnort, umso höher die Zustimmung (von 67 % zu 54 %). Diese Korrelation dreht sich um bei der Frage nach den verschiedenen pädagogischen Konzepten (29 % Einwohner aus Gemeinden mit weniger als 1.000 Einwohnern, aber 47 % derer aus den Großstädten).

Insgesamt ist bei allen Indikatoren eine starke Abhängigkeit von der Gemeindegröße erkennbar.

Tabelle 11: Sie sagen, es gibt in Ihrer Gemeinde/Ihrer Stadt ... - neue Bundesländer - 2008
- in Prozent - (nur Skalenwert: „ja“)

	unter 1.000	1.000- 5.000	5.000 - 20.000	20.000 - 100.000	mehr als 100.000
	Einwohner				
bezahlbaren Wohnraum für Familien.	67	65	59	54	54
unterschiedliche pädagogische Konzepte in den Kinder- einrichtungen.	29	35	36	48	47
insgesamt eine kinderfreundliche Atmosphäre.	55	56	50	44	39
ausreichende Betreuungsmöglichkeiten für Kinder.	51	70	61	46	32
gute innerstädtische Erholungsmöglichkeiten.	33	36	43	51	66
hohe Qualitätsstandards in der Betreuung von Kindern.	35	39	34	27	22
vielfältige Angebote für Jugendliche.	11	18	18	19	28

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

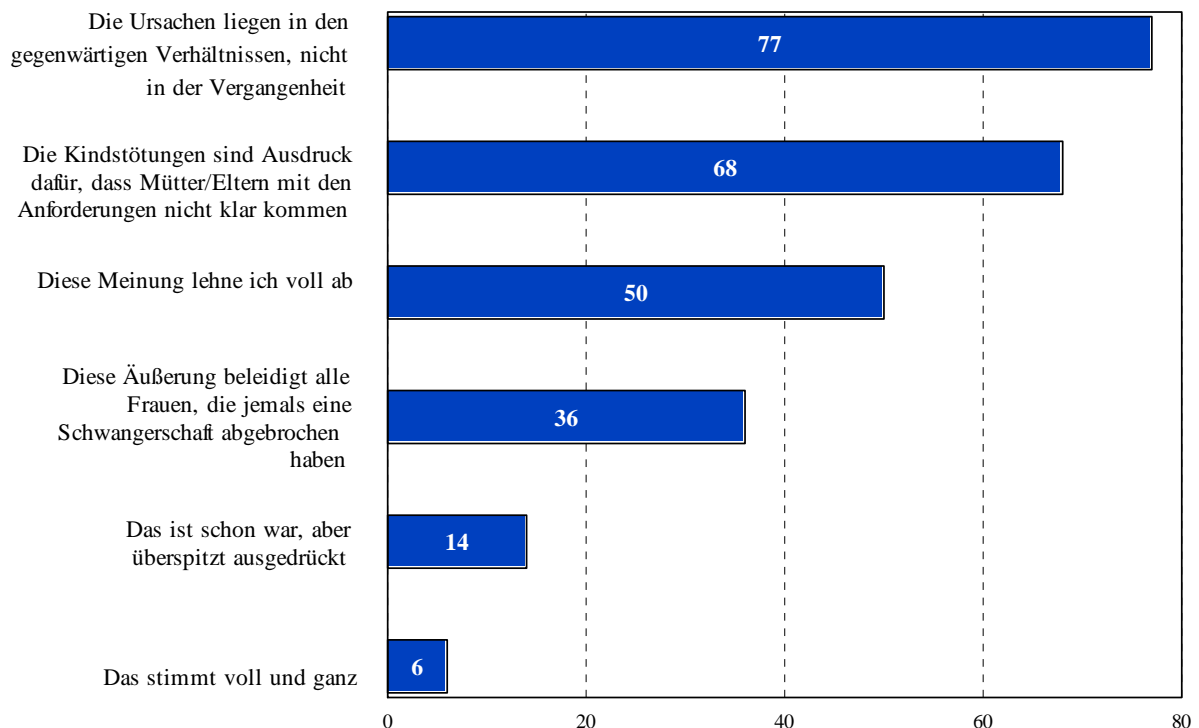
Bei allen drei Indikatoren, die sich direkt auf die Kinderbetreuung beziehen, ist darüber hinaus festzu-
stellen, dass mit der Qualifikation die positiven Bewertungen ansteigen.

Exkurs: Ursachen von Kindstötungen

Im Februar dieses Jahres wurden verstärkt Äußerungen zu den Kindstötungen in den neuen Bundesländern in der Öffentlichkeit verbreitet, die vor allem von einer leichtfertigeren Einstellung zu werdendem Leben in den neuen Ländern ausgehen.

Für die überwiegende Mehrheit der ostdeutschen Bürger/-innen aller sozialen Gruppen liegt die Ursache für die Kindstötungen in den gegenwärtigen Verhältnissen, nicht in der Vergangenheit. Damit treffen die Ostdeutschen ein eindeutiges Votum. Sie lehnen die aus ihrer Sicht unzulässige Verbindung von Kindstötungen in den neuen Bundesländern und einer leichtfertigen Einstellung zu werdendem Leben ausdrücklich, also zu vier Fünfteln, ab. Sie sehen in einer Kindstötung eher eine Überforderung der Mütter/Eltern, die während Stresssituationen keine Bewältigungsstrategien entwickeln können und dann möglicherweise im Ausnahmefall derartige Taten begehen können.

Abbildung 23: Viele von Ihnen werden Äußerungen zu den Kindstötungen in den neuen Bundesländern gehört oder gelesen haben, in denen diese vor allem mit einer leichtfertigen Einstellung zu werdendem Leben in den neuen Ländern begründet werden. Was meinen Sie? - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -

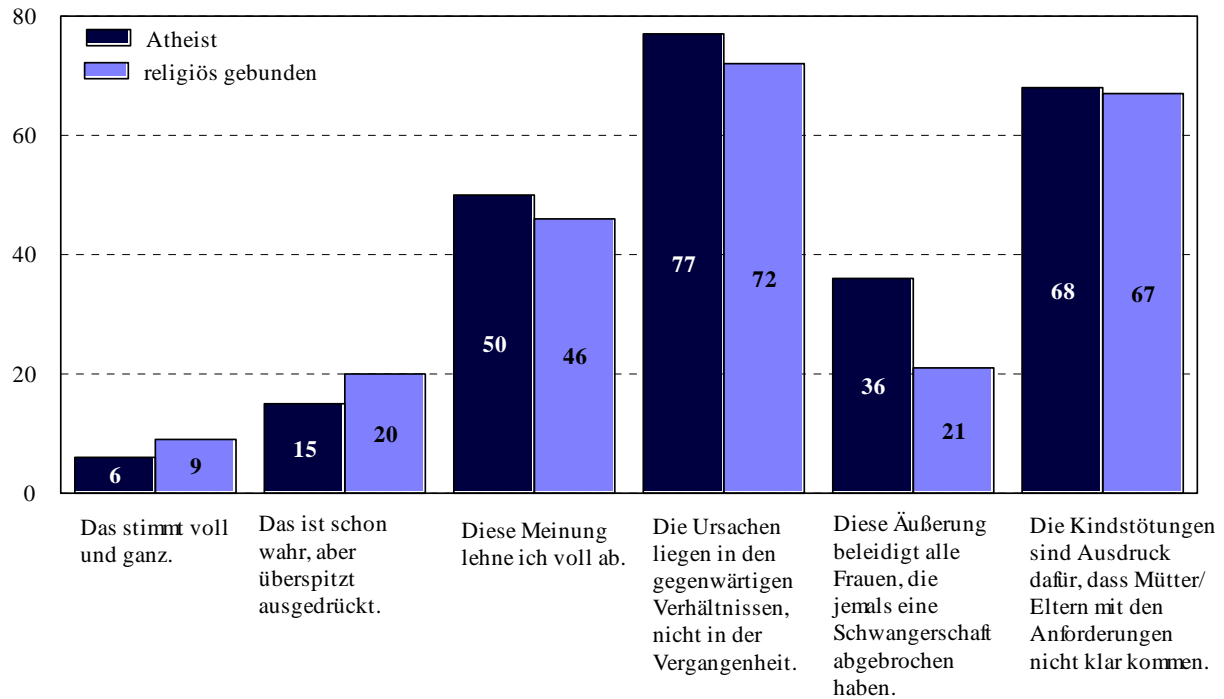


Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Außer einer Altersabhängigkeit (mit zunehmendem Alter gewinnt diese Aussage noch an Gewicht: 63 % bei den unter 25-Jährigen, 83 % der 60-Jährigen und Älteren), wird diese Meinung - wenig differenzierend - von allen soziodemografischen Gruppen an erster Stelle genannt.

Auch zwischen Atheisten und Gläubigen unterschiedlicher Richtungen treten hinsichtlich der DDR-bezogenen Indikatoren keine wesentlichen Unterschiede zu Tage - auch das ein Hinweis darauf, dass die heutigen Kindstötungen nicht mit der DDR-Vergangenheit der Frauen und Mütter zu erklären sind. Einzig bei der Beantwortung der Frage, ob diese Äußerung alle Frauen beleidigt, die jemals eine Schwangerschaft abgebrochen haben, also einer eindeutigen moralischen Kategorie, unterscheiden sich die religiös Gebundenen deutlich von dem anderen Teil der Befragten.

Abbildung 24: Viele von Ihnen werden Äußerungen zu den Kindstötungen in den neuen Bundesländern gehört oder gelesen haben, in denen diese vor allem mit einer leichtfertigen Einstellung zu werdendem Leben in den neuen Ländern begründet werden. Was meinen Sie? - neue Bundesländer - 2008 - Atheisten und Angehörige von Religionsgemeinschaften - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Mit steigendem Politikinteresse wird eine derartige Meinung „voll und ganz abgelehnt“.

Die Meinung, dass derartige Äußerungen eine Beleidigung all der Frauen sei, die jemals eine Schwangerschaft abgebrochen haben, nimmt mit der Qualifikation (Fach-/Hochschulabsolventen: 40 %) und dem Politikinteresse (starkes/sehr starkes Politikinteresse: 43 %) zu.

8. Widerspiegelung des Lebens in der DDR in Kino- und Fernsehfilmen

Die Menschen in den neuen Bundesländern sind an der filmischen Darstellung ihrer Vergangenheit bzw. derer ihrer Eltern und Großeltern stark interessiert. Komödien genießen zwar einen höheren Zuspruch, werden aber hinsichtlich der realen Widerspiegelung des Lebens in der DDR niedriger bewertet als Filme, die sich kritisch mit speziellen Problemen der DDR wie Ablehnung von Ausreiseanträgen oder geheimdienstliche Überwachung befassen. Der Widererkennungswert für sich selbst oder von Personen des heutigen oder früheren Umfeldes erscheint wichtig, fehlt dieser, sinkt das Interesse deutlich.

Mehr als drei Viertel der Befragten (77 %) kennen den Film über die Wende „Goodbye Lenin“, zwei Drittel (65 %) haben „Sonnenallee“ gesehen. Jede/r Zweite kennt die Filme „Die Frau vom Checkpoint Charlie“ (51 %), „Das Leben der Anderen“ (45 %) und „Der Tunnel“ (44 %). Mehr als ein Drittel (39 %) sah die Satire „NVA“, einen Film über die Absurditäten des Drills und der Machtspiele in der Armee. Den skurrilen Film „Helden wie wir“ sahen deutlich weniger (23 %). Nur wenig Resonanz fand der Film „Die Stille nach dem Schuss“ (14 %).

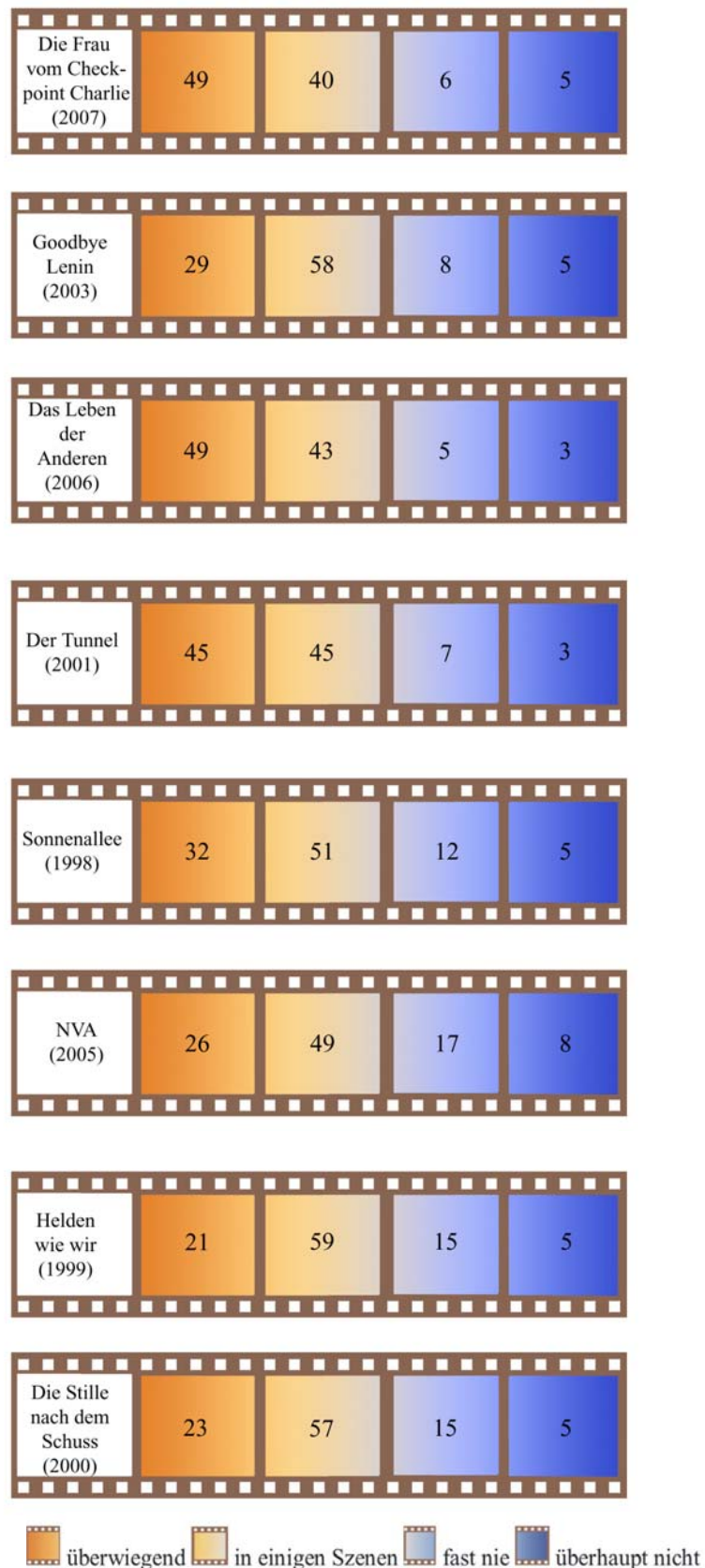
Werden die Befragten ausgeklammert, die die genannten Filme nicht gesehen haben, zeigt sich, dass eine überwiegende reale Darstellung des Lebens in der DDR vor allem den Filmen attestiert wird, die die dunklen Seiten der DDR beleuchten, seien es der nach innen gerichtete Überwachungs- und Repressionsapparat des MfS oder die Einschränkungen bei den Möglichkeiten der selbstbestimmten Wahl des Lebensmittelpunktes außerhalb der Grenzen der DDR.

Deutlich dahinter folgen die Komödien. Mehr als 10 % meinen, dass in den Filmen „NVA“, „Helden wie wir“ und „Die Stille nach dem Schuss“, aber auch „Sonnenallee“ die Realität der DDR fast nie getroffen wird (vgl. Abbildung 23).

Über die Filme „Goodbye Lenin“, „Sonnenallee“, und - aber mit geringerer Intensität „Das Leben der Anderen“ - wird mit abnehmendem Alter häufiger die Realitätsnähe bestätigt. Beim Fernseh-Zweiteiler „Die Frau vom Checkpoint Charlie“ vertauschen die Wertungen ihre Reihenfolge im Verlauf des Lebensalters.

Mit steigendem Politikinteresse nimmt die Zahl derer, die eine überwiegende Realitätsnähe sehen bei den Filmen, die eher das Komödienhafte betonen („Goodbye Lenin“, „Sonnenallee“, „NVA“), ab. Auch die DDR-Realitätsnähe im Film „Die Frau vom Checkpoint Charlie“ wird von den politisch Interessierten mit mehr Distanz betrachtet.

Abbildung 25: Reale Widerspiegelung des Lebens in der DDR in ausgewählten Kino- und Fernsehfilmen über die DDR und ihre Menschen - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

9. Privatisierungen

Hauptergebnisse:

Die große Mehrheit der Menschen in den neuen Bundesländern sieht die Gründe für Privatisierungen von bisher durch Bund, Länder oder Kommunen erbrachten Aufgaben und Dienstleistungen bzw. von Betrieben der öffentlichen Hand vor allem in wirtschaftlichen Motiven - sowohl zur kurzfristigen Sanierung von öffentlichen Haushalten als auch als Gewinnquelle für große private Investoren.

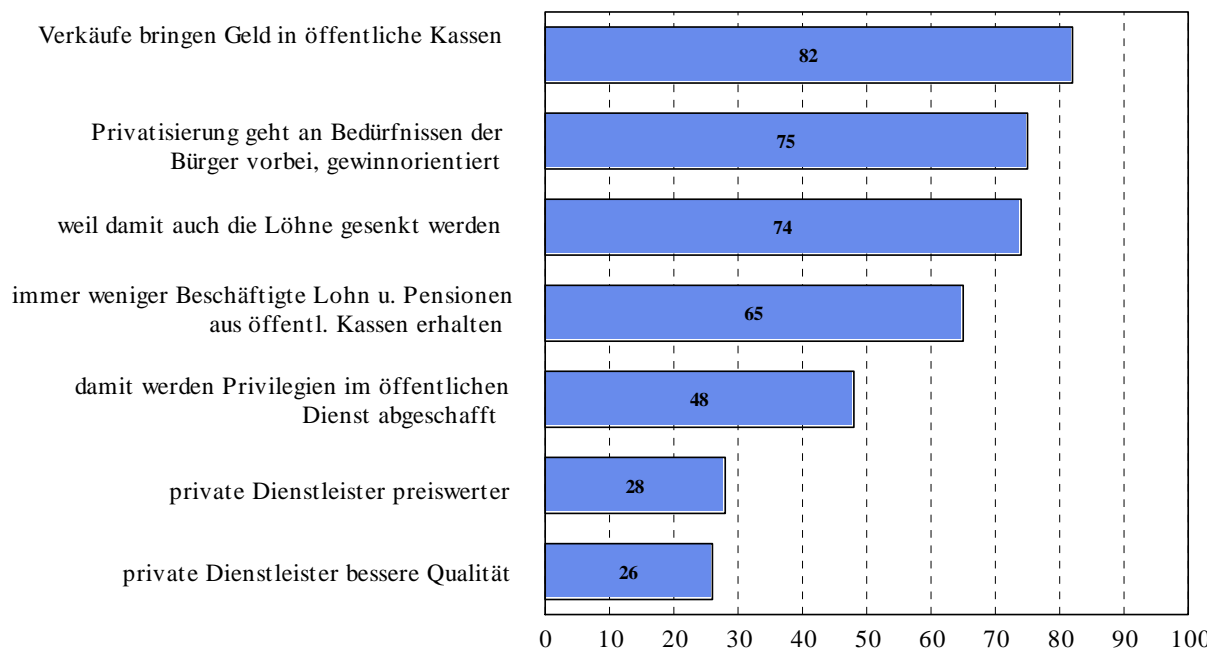
Von den Interessen der Verbraucher abgeleitete Ziele, die in der Mehrheit den Bürgerinnen und Bürgern zu Gute kommen, wie Preissenkungen und Qualitätsverbesserungen, werden nur von einer Minderheit als Privatisierungsgrund angesehen.

Am ehesten akzeptiert werden Privatisierungen im Bereich des Sports, der Kultur und der Wach- und Sicherheitsdienste bei Bus und Bahn. Die Bildung der Kinder und Jugendlichen sollte nach Auffassung der Ostdeutschen keinesfalls aus der Verantwortung der öffentlichen Hand entlassen werden.

Ergebnisse im Einzelnen:

Die kurzfristige Sanierung der öffentlichen Kassen sehen 82 von 100 der Befragten als bestimmend für Privatisierungen. Drei Viertel (75 %) verbinden Privatisierungen mit dann folgenden Lohnkürzungen für die übernommenen Beschäftigten in den Privatunternehmen. Es ist dementsprechend nicht verwunderlich, dass ebenfalls drei Viertel meinen, dass nicht die Bürgerinteressen, sondern die Gewinnorientierung, auch hinsichtlich der Reduzierung der Lohn- und Gehaltskosten im öffentlichen Dienst (65 %), die entsprechenden Entscheidungen der Bundes-, Landes oder Kommunalpolitik begründet.

Abbildung 26: Warum erfolgen Privatisierungen? - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Die - mit Privatisierung möglicherweise verbundene - Abschaffung von Privilegien im öffentlichen Dienst sehen weniger als die Hälfte der Befragten (48 %) als entscheidungsbeeinflussend.

Die Orientierung an kundenfreundlicheren Preisen (28 %) und Qualitätsverbesserungen (26 %) sieht nur eine Minderheit von Befragten.

Bis auf den qualitätsbezogenen Indikator sind deutliche geschlechtsspezifische Differenzierungen sichtbar. Die geringeren Werte der Frauen resultieren vor allem daraus, dass sie meinen, sich kein Urteil bilden zu können. Antworten beim Skalenwert „trifft nicht zu“ differieren nur unbedeutend. Sichtbar wird eine starke Abhängigkeit vom generellen politischen Interesse. Wieder mit Ausnahme des qualitätsbezogenen Indikators nimmt mit zunehmendem politischem Interesse auch die Unentschlossenheit der Bewertung ab und die Zustimmung zu.

Tabelle 12: Warum erfolgen Privatisierungen? - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent - (nur Skalenwert: „trifft zu“)

	Gesamt	Geschlecht		Politikinteresse		
		Männer	Frauen	stark/ sehr stark	mittel	weniger/ nicht
Verkäufe bringen Geld in die öffentlichen Kassen	82	86	78	87	84	73
Privatisierung geht an den Bedürfnissen der Bürger vorbei und ist nur noch gewinnorientiert	75	80	70	80	74	69
weil damit auch die Löhne abgesenkt werden können	74	79	70	81	72	69
weil damit zukünftig immer weniger Beschäftigte ihren Lohn und ihre Pensionen aus öffentlichen Kassen erhalten	65	70	60	69	66	58
damit werden Privilegien im öffentlichen Dienst abgeschafft	48	49	47	51	48	43
private Dienstleister sind preiswerter	28	33	24	31	26	28
private Dienstleister bieten eine bessere Qualität an	26	25	27	23	28	27

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Beamte sehen die Auffüllung der öffentlichen Kassen durch Privatisierung deutlich verhaltener (73 %) und meinen dreimal häufiger als der Durchschnitt, dass dies nicht zutrifft (20 %).

Demgegenüber sehen sie die einkommensbezogenen Indikatoren überdurchschnittlich als determinierend (Absenkung der Löhne: 80 %, Reduzierung der Personalkosten im öffentlichen Dienst: 76 %).

Sie sind neben den Selbstständigen (48 %) diejenigen, die deutlich häufiger das Argument von dann günstigeren Preisen für die Bürgerinnen und Bürger befürworten (41 %).

Während Selbstständige auch in der Qualität der privaten Anbieter häufiger einen Entscheidungshintergrund vermuten (37 %), sind hier die Beamten wesentlich skeptischer als der Durchschnitt (16 %).

Die eher privat Orientierten bewerten die beiden letztgenannten Indikatoren (32 % bzw. 34 %) und die Abschaffung von Privilegien im öffentlichen Dienst überdurchschnittlich (54 %).

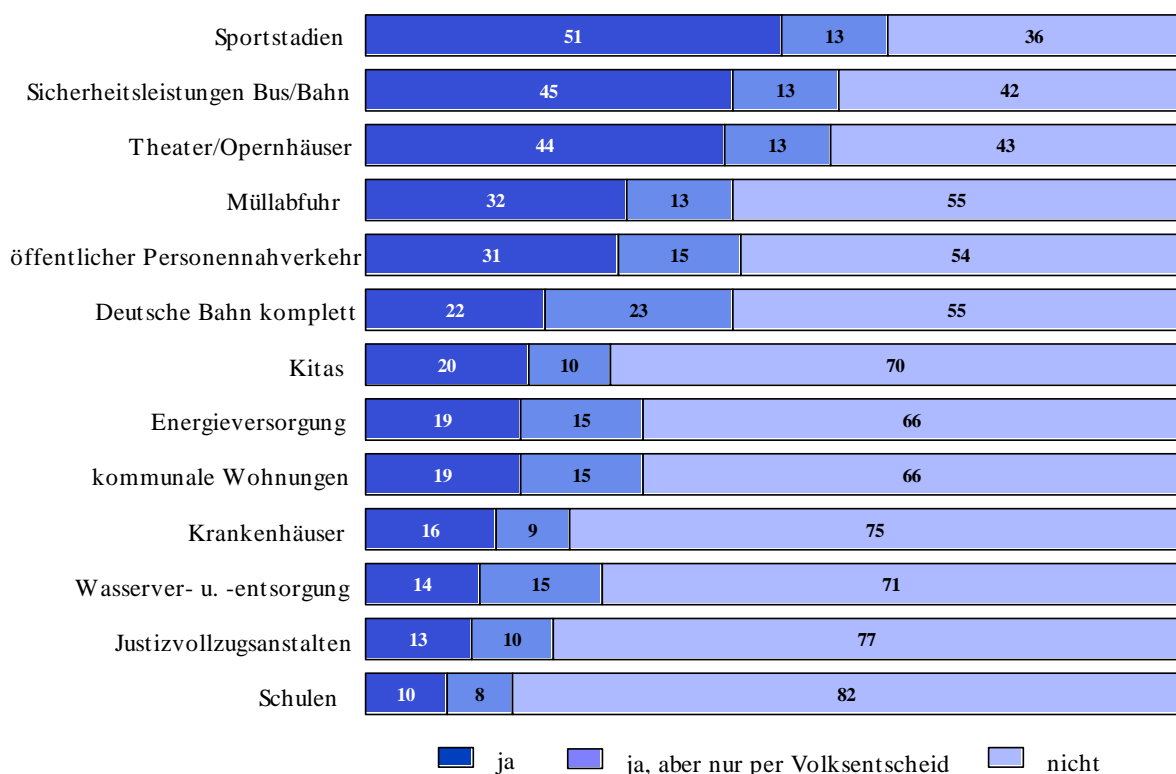
Privatisierungen mit oder ohne Volksentscheid werden, auch untersetzt nach möglichen z.T. gegenwärtig im Verfahren liegenden Bereichen, mehrheitlich abgelehnt. Lediglich bei Sportstadien, Sicherheitsleistungen in Bus und Bahn sowie bei Theatern oder Opernhäusern können sich mehr als die Hälfte eine Privatisierung vorstellen. Hier ist einerseits der persönliche Betroffenheitsgrad geringer als bei anderen Leistungen, andererseits sind vielen schon derartige Privatisierungen aus dem eigenen Umfeld, aus Presse oder TV bekannt, wie z.B. viele Stadien von Bundesligavereinen.

Privatisierungen im Ergebnis von Volksabstimmungen können sich nur wenige vorstellen, am ehesten noch bei der Deutschen Bahn, hier votiert fast ein Viertel für eine Privatisierung, wenn das Volk denn zustimmt.

Unter 10 % können sich bei vorschulischer und Schulbildung sowie stationärer Krankenbehandlung eine weitere Privatisierung mittels Volksabstimmungen vorstellen.

Insgesamt wird einer Privatisierung von Versorgern im Bereich der technischen, gesundheitlichen und schulischen Infrastruktur am wenigsten zugestimmt. In diese Gruppe reihen sich die Justizvollzugsanstalten ein – hier bestimmt das Sicherheitsgefühl die Meinung, Therapie, Betreuung und Bewachung von Straftätern nicht der Gewinnorientierung unterzuordnen.

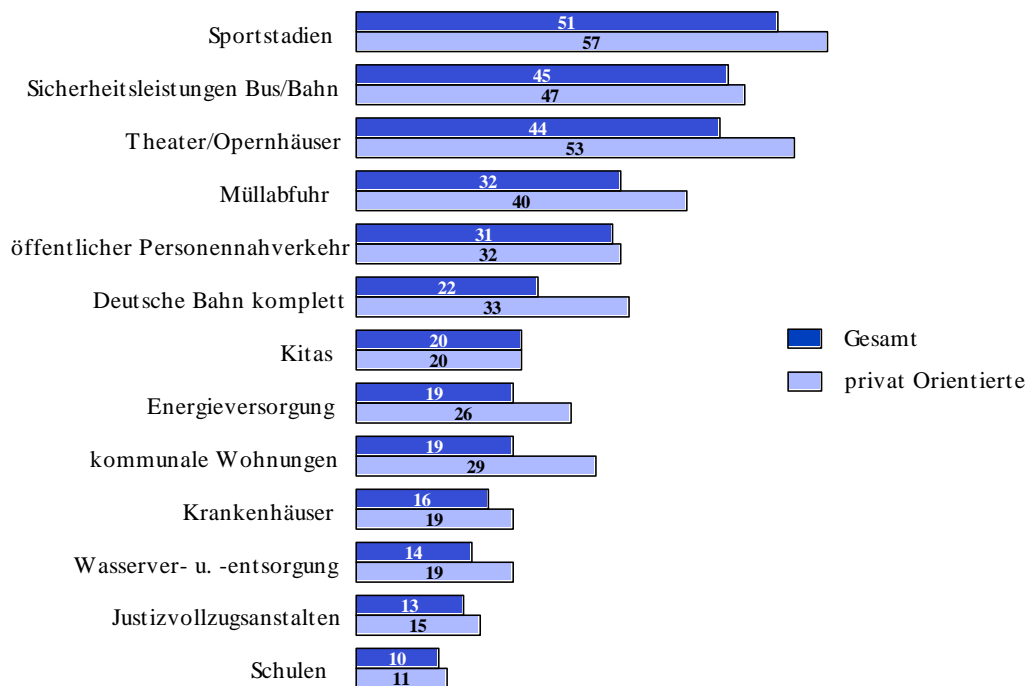
Abbildung 27: Welche Aufgaben und Dienstleistungen können privatisiert werden?
- neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Sozialstrukturelle Differenzierungen sind nur wenige erkennbar. Wie zu erwarten, zeigen sich z.T. deutliche Differenzierungen zwischen dem Durchschnitt der Befragten und denjenigen, die eher privat orientiert sind. Diese stimmen bei der Mehrheit der Möglichkeiten deutlich überdurchschnittlich einer Privatisierung zu, stimmen jedoch bei den Indikatoren zu vorschulischer und Schulbildung sowie stationärer Krankenbehandlung wie auch hinsichtlich der JVA's, also bei denjenigen, bei denen die mit eigenem Handeln wenig finanziellen oder materiellen Einflussmöglichkeiten liegen, genauso ab wie alle anderen (vgl. Abbildung 26).

Abbildung 28: Welche Aufgaben und Dienstleistungen können privatisiert werden?
- neue Bundesländer - 2008 - in Prozent - (nur Antwort: „ja“)



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Mit zunehmendem Alter werden Privatisierungen häufiger abgelehnt. Das betrifft bis auf die Justizvollzugsanstalten und die Kitas alle Aufgaben, Bereiche oder Dienstleistungen.

Bei Aufgaben und Leistungen der technischen Infrastruktur nimmt mit der Gemeindegröße die Ablehnung der Privatisierungen zu.

Tabelle 13: Welche Aufgaben und Dienstleistungen können privatisiert werden? - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent - (nur Antwort: „nicht“)

	Schulen	Justizvollzugsanstalten	Krankenhäuser	Wasser- u. -entsorgung	Kitas	kommunale Wohnungen	Energieversorgung	Deutsche Bahn komplett	Müllabfuhr	ÖPNV	Theater Opernhäuser	Sicherheitsleistungen Bus/Bahn	Sportstadien
Gesamt	82	77	75	71	70	66	65	56	55	54	43	42	36
unter 25	78	75	73	67	64	55	50	47	47	29	31	33	15
25 - 39	80	78	75	63	68	55	56	47	51	46	31	38	22
40 - 49	80	74	72	68	69	66	65	50	54	54	42	39	34
50 - 59	87	76	77	76	75	73	72	58	59	63	46	43	40
60 und älter	83	79	77	77	73	73	75	67	59	62	57	50	53
unter 1.000	80	71	77	57	64	49	54	45	42	39	50	39	36
1.000 - 5.000	78	78	74	70	72	68	62	55	53	56	42	47	37
5.000 - 20.000	82	77	75	73	71	65	67	56	56	51	41	41	36
20.000 - 100.000	82	77	75	73	72	69	68	57	58	57	44	40	35
10.000 und mehr	86	77	77	72	69	68	68	59	58	58	44	42	33

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Die ostdeutschen Frauen und Männer nehmen mit Aufmerksamkeit die sozialreformerischen Veränderungen im gesellschaftlichen Gefüge unseres Landes wahr als zumindest gegenwärtig sichtbaren Weg in den weiteren Sozialabbau. Der damit einhergehenden zunehmenden Privatisierung staatlicher oder kommunaler Aufgaben und Leistungen wird mit sehr viel Distanz begegnet.

Das Interesse der Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern an den verschiedenen gesellschaftlichen Entwicklungen und Fragestellungen ist oftmals größer als die gegenwärtige Berücksichtigung in Politik und Gesellschaft.

Vorurteile zum angeblichen Demokratiedefizit der Ostdeutschen lassen sich trotz aller kritischen Einstellungen gegenüber konkreten politischen Abläufen nicht bestätigen. Im Gegenteil, der Wert der Demokratie ist bei den Frauen und Männern in den neuen Bundesländern seit 1998/99 nach wie vor hoch.